

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

101 (2.5.1914) Erstes Blatt

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinsertate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gief & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Volksschuldebatte im badischen Landtag.

In der vorgestrigen Sitzung des badischen Landtags wurde mit der Beratung des Volksschulgesetzes begonnen. In seinem eingehenden Referate betonte Genosse Kolb als Berichterstatter vor allem, daß früher für die Volksschule sehr wenig getan wurde, was jetzt gründlich nachgeholt werden müsse. Den Bericht über den Antrag Dr. Frank und Gen. auf völlige Aufhebung des Schulgeldes in den Volksschulen und über den Antrag Schöpffe und Genossen auf Verrückung der Lehrergehälter vom Staat erstattete der nationalliberale Abgeordnete Dr. Wilm, wonach die Mehrheit der Kommission zu einer Ablehnung der Anträge kam. Im Anschluß hieran erstattete Genosse Kolb den Bericht über den Antrag Muser und Gen., wonach die Lehrer berechtigt sein sollen, den Religionsunterricht, weil ihrer Überzeugung widersprechend, abzulehnen. Auch in diesem Falle kam die Mehrheit der Kommission zu einer Ablehnung. Als erster Debattierender kam in ziemlich einförmigen, auf der Oberfläche haftenden, Ausführungen der Zentrumsabgeordnete Wiedemann zu Wort, der sich bezeichnenderweise gegen die verschiedenen Anträge aussprach, dafür jedoch eingehend die Einführung einer besonderen Disziplin für den — Choralgesang in den Volksschulen begründete. Wegen die Anträge sprach sich auch teilweise der nationalliberale Abgeordnete Ned aus der dann unter dem mehrfachen recht starken Beifall des Zentrums die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts in der Fortbildungsschule als dringend notwendig im Kampfe gegen Radikalismus und Materialismus verlangte. Schmunzelnd unterstrichen die Herren vom Zentrum durch lebhaftes Bravo die Forderung auf einen obligatorischen Unterricht in Apologetik und Kirchengeschichte in der Fortbildungsschule, die der nationalliberale Redner mit einer Wärme befürwortete, die kirchlicherseits kaum hätte überboten werden können.

Im schroffen Gegensatz zu den Ausführungen des nationalliberalen Redners bildete die folgende Rede des Genossen Geiß ein offenes Bekenntnis zur Entwicklung unserer Volksschule im freibühnlichen modernen Geiste. Ausgehend von unseren prinzipiellen Forderungen an die Schule, legte der sozialdemokratische Redner in großen Gesichtspunkten unsere Stellung zu den meisten Fragen unseres Volksschulwesens dar, dabei die Zwischenrufe des Zentrums glänzend parierend. Die Sozialdemokratie zeigte sich so wieder als die beste Vertreterin unserer Volksschule. Nach einigen kurzen Bemerkungen des konfessionellen Abgeordneten Hertle vertagte sich dann das Haus auf Freitag.

64. öffentliche Sitzung der 2. Kammer.

Karlsruhe, 30. April.

Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr.

Am Regierungstisch: Minister Dr. Böhm und Kommissäre.

Eingänge: Petitionen: des Verbandes bad. Grund und Hausbesitzervereine, die Beschaffung zweier Hypotheken betr.; des Bürgervereins der Stadt Karlsruhe, die Beschaffung gesunder und billiger Wohnungen in der Neuwstadt in Karlsruhe bezgl. der Zulassung des Wohnens der Dachgeschosse betr.; Beitritt der Gemeinderäte der schweizerischen Gemeinden Gaisau und Gintwangen zu der Petition der Gemeinden des Rheinlands um Erbauung einer Eisenbahn Lengens-Gintwangen.

Ferner gingen ein 2 Anträge der Abg. Fischer (Lam.) und Gen., den Gerkensoll betr.; sowie die Gewinnung von Rheinries betr.

Präsident Rohrbach schlägt vor, den Antrag der Volkspartei betr. Religionsunterricht bereits morgen zu behandeln.

Abg. Kopf (Zentr.) bittet den Antrag heute mitzubehandeln. Es wird beschlossen, den Antrag heute mitzubehandeln. Zur Tagesordnung steht Bericht und Beratung des

Voranschlags der Volksschulen.

Den Bericht der Budgetkommission gibt

Abg. Kolb (Soz.):

Die Kommission stellt den Antrag zu genehmigen: Auswachen im ordentlichen Etat für ein Jahr für Kreis- und Volksschulen 249 240 M., für Volksschulen 10 260 470, für Frauenarbeitschulen 59 000 M., für Blinden- und Taubstummenanstalten 226 300 M., Staatsbeiträge für in Privatschulen untergeordnete Kinder 75 000 M., Jugendpflege 15 000 M.; mithin insgesamt für 2 Jahre 21 770 020 M.; im außerordentlichen Etat für die Zentralbezugsanlage in der Taubstummenanstalt Meersburg 30 000 M., Staatsbeiträgen für bedürftige Gemeinden an Schulhausbauten 400 000 M., Bureauunterstützen zc. 13 000 M., Die Einnahmen betragen sich im ordentlichen Etat für ein Jahr: für Mietzinsen auf 14 970 M., Anteil der Gemeinden am Aufwand für die Bezüge der Volksschullehrer und zwar für die ständigen Lehrkräfte 4 553 890 M., für Schulgeld 731 290 M., ferner Honorar für das Volksschulbuch 8 700 M., Sonstiges 120 M., mithin insgesamt für 2 Jahre 10 567 800 M. Für die Kreis- und Volksschulen sind 8 Dienstpost-

nungen mehr angefordert. Ferner wird ein weiterer Rektor verlangt. Die Zahl der Hauptlehrer und Hauptlehrerinnen wird beträchtlich vermehrt. Im ganzen trat eine Vermehrung von 490 Stellen ein. Der Mangel an Schulhäusern ist heute größer als der an Lehrern; die Regierung stellte daher hierfür einen Zuschuß ein. In der Kommission wurde gewünscht, daß die Regierung den Bau hygienischer Schulhäuser fördern sollte. Als beauerlich wurde der Zustand des Schulhauses in Hundsbach bezeichnet. Der 1. Teil des neuen Lehrbuchs befriedigte; nur wurde von einer Seite der fünfjährige Teil bemängelt. Es sind nunmehr 50 Schulärzte tätig. Die 2 Kreis- und Volksschulämtern wünschen, daß ihnen die weitere Karriere ermöglicht werde; dieser Wunsch fand Zustimmung, soweit die Voraussetzungen gegeben sind. Die ganze Summe für Jugendpflege kam dem Jungdeutschlandbund zugute, da sich keine Gemeinde darum bewarb. Es wurde mir in den letzten Tagen der Wunsch geäußert, daß das Stunden- und deputation für die älteren Lehrer herabgesetzt werde. Der Gehalt der unteren Lehrer sollte nach Zwischenstufen geregelt sein und der Anfangsgehalt 1200 M. betragen. In Bezug auf die Kombinationen Klassen liegen lebhaftes Bedauern vor. Diese Mängel müssen beseitigt werden. Es soll hierbei vorkommen, daß nicht einmal alle Schüler Sitzgelegenheit haben. Nahezu 70 Jahre hat man in Baden für die Volksschule fast nichts getan. Dies kann natürlich nicht von heute auf morgen beseitigt werden. Wenn solche unangenehme Verhältnisse vorliegen, so müssen eben außerordentliche Mittel in Anspruch genommen werden. Bei denartigen Verhältnissen kann, selbst wenn der Lehrer noch so tüchtig ist, für die Schüler nicht allzuviel herauskommen. Die Regierung muß alles tun, diese Zustände zu beseitigen. Es muß danach getrebt werden, den Einfluß der Bezirksämter bei der Besetzung der Lehrstellen auf den Lande zu beseitigen. Für den naturwissenschaftlichen Unterricht sollte mehr geschehen. Bei der Neuordnung der Gehaltsordnung sollten Lehrer- und Lehrerinnenausgänge beizugehen werden.

Ueber die Anträge der Abg. Dr. Frank (Soz.) u. Gen., sowie der Abg. Schöpffe (Lam.) u. Gen., die Aufhebungen einiger Bestimmungen des Schulgesetzes betreffend, ersattet

Abg. Dr. Baum (Natl.) den Bericht der Budgetkommission. Die Abg. Dr. Frank u. Gen. haben beantragt, einen Gehaltszuschuß vorzulegen, durch den das Schulgeld in sämtlichen Volksschulen des Landes abgehebt wird, und zu diesem Zweck an die Kreis- und Volksschulämter als Staatsmitteln (Subventionen) gewährt werden. Der Antrag der Abg. Schöpffe u. Gen. geht dahin, die bestehende Schulgesetzgebung nach der Richtung zu ändern, daß die Zuschüsse der Gemeinden zu den Lehrergehältern aufgehoben werden und die Verrückung der Lehrergehälter ganz vom Staat übernommen wird. Die Regierung steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß an den einschlägigen Bestimmungen des Schulgesetzes vom 7. Juli 1910 zur Zeit nichts geändert werden solle. Der Antrag Dr. Frank u. Gen. würde eine jährliche Mehrbelastung der Staatskasse von 721 220 M., der Antrag Schöpffe u. Gen. eine solche von rund 7 800 000 M., zur Folge haben. Eine derartige Belastung der Staatskasse ist nach den Erklärungen der Regierung gegendert ausgeschlossen. Bei der Zustimmung in der Kommission wurde im ersten Falle mit allen gegen 3, im letzteren mit allen gegen 5 Stimmen beschlossen, die Ablehnung der Anträge beim Plenum zu beantragen. Die Kommission stellt den Antrag, die zweite Kammer wolle die Anträge der Abg. Dr. Frank u. Gen., sowie der Abg. Schöpffe u. Gen. ablehnen.

Abg. Kolb (Soz.):

Berichtet namens der Budgetkommission über den Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei betr. die

Ertteilung des Religionsunterrichts

an den Volksschulen. In dem Antrag wird die Regierung ersucht, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen des Inhalts: Absatz 2 des § 40 des Schulgesetzes vom 7. Juli 1910 erhält folgenden Zusatz: Der Lehrer hat aber jederzeit das Recht, die Ertteilung des Religionsunterrichts, weil seiner persönlichen Überzeugung widersprechend, abzulehnen. Eine solche Ablehnung ist ohne jeden Einfluß auf die Verwendbarkeit des Ablehnenden als Lehrer in den weltlichen Fächern. Zur Begründung dieses Antrages führten die Antragsteller an, daß der Religionsunterricht Sache der Kirche sei. Außerdem bestimmen die weltlichen Fächer der Staat, den Religionsunterricht aber die Kirche. Ferner führt der jetzige Zustand zu schweren Gewissenskonflikten, was verschiedene Fälle beweisen. Seitens des Zentrums wurden Bedenken gegen den Antrag erhoben, weil dies der erste Schritt zur Trennung von Staat und Kirche sei. Auch wurde erwähnt, dieser Antrag sei ein Entgegenkommen gegen die Freireligiösen. Die Regierung erklärte, dem Antrag nicht zustimmen zu können. Außerdem müßte in diesem Falle das ganze Unterrichtsrecht geändert werden. Der Minister meinte ferner, daß bei den Lehrern gar kein Wunsch auf Befreiung des jetzigen Zustandes bestehe. Die Mehrheit der Kommission beantragte die Ablehnung des Antrages.

Abg. Wiedemann (Zentr.) erklärt namens seiner Freunde, daß sie die Anträge Frank u. Gen. sowie Schöpffe u. Gen. ablehnen. Die Gemeinden hätten kein Recht mehr bei Besetzung der Lehrstellen mitzuwirken, wenn die Schulen Staatsanstalten werden, wie dies der Antrag Schöpffe will. Auch den Antrag Frank auf Abschaffung des Schulgeldes lehnen wir ab, da in diesem Falle das ganze Schulgesetz geändert werden müßte. Eine Entlastung der Eltern wäre ja zu wünschen, doch kann man nicht einen einzelnen Paragraphen abändern. Auch den Antrag Muser u. Gen. betr. den Religionsunterricht an den Volksschulen lehnen wir ab. Die positiven Religionen haben sich seit 2 Jahrzehnten als bestes Erziehungsmittel bewährt. Wenn der Antrag Muser Gesetzeskraft bekäme, würden Schwierigkeiten entstehen. Ein Abfall vom positiven Glauben wäre im Falle der Annahme des Antrages ein Fortschritt, um in die Großstadt zu kommen. Die Lehrer er-

teilen gerne Religionsunterricht. Der Redner geht auf verschiedene Spezialfragen ein. Die Stadtschulräte haben schon manchmal über die Schnur gehauen; so zeigte sich dies bei dem Verhalten des Stadtschulrates in der bekannten Frage des freireligiösen Religionsunterrichts, wobei der Stadtschulrat seine Kompetenz überschritt. Das religiöse Gebiet muß in der Volksschule Berücksichtigung finden; mindestens muß eine halbe Stunde für Choralgesang abfallen. Der Choralgesang ist eigene Disziplin und darf nicht am Religionsunterricht abgezogen werden. Die Kirchenlieder sind wahre Perlen der Poesie. Je kleiner die Schülerzahl ist, desto intensiver ist der Unterricht. Mit dem Schulunterricht steht es in den Landgemeinden etwas minder gut, als in der Stadt. Für die Gehaltsfrage der unteren Lehrer möchte ich ein Wort einlegen. Die katholischen Lehrer kommen später zur entsprechenden Anstellung als die protestantischen Lehrer; der katholische Lehrer wird auf diese Weise für seinen Glauben gestraft. Der häufige Lehrerwechsel ist ein Schaden für die Schule und für die Gemeinde. Die amtlichen Lehrerkonferenzen sollten einer Verrückung unterworfen werden; denn von diesen verpöche ich mir gar nichts. Ich möchte nicht wünschen, daß der 2. Teil des Lehrbuchs erst probatorisch erscheint, damit er bald wieder eine andere Fassung erhält. Beim jetzigen Kombinationsunterricht kann wenig herauskommen. Es ist nicht nötig, daß unsere Volksschüler einen Unterricht in der antiken Geschichte haben. Zu was brauchen sie Solon usw. kennen zu lernen; sie sollen im Lande bleiben. (Abg. Kolb: 4-6 Stunden Unterricht im alten Testament brauchen sie aber.) Die Schule sollte bei der Berufswahl mitwirken. Die Schule sollte für eine richtige Letztüre der Kinder sorgen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Schule Gemeindefunktion bleiben soll. Die Schule soll die religiöse Grundlage der Schüler festigen und national erziehen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Ned (Natl.) tritt für den Ausbau der Kreis- und Volksschulämter ein. Vom Standpunkt der Gemeinde aus ist es wünschenswert, daß dem Bezirksamt die Akten der Lehrer vorgelegt werden. Wir halten am dem Grundsatze fest, daß die Schule eine Gemeindefunktion ist. Die Selbstverwaltung muß erhalten bleiben. In der Sachaufsicht darf nicht gerüttelt werden. Den Antrag Schöpffe u. Gen. lehnen wir ab, wenn auch der Bogen hinsichtlich der Lasten heute straff gespannt ist. Ich glaube, daß sich die Antragsteller bezüglich der Tragweite ihres Antrages nicht klar waren. Mit der Annahme dieses Antrages würden sich auch die Lehrer in den Städten verschlechtern. Nach dem Berichte der Groß-Regierung verzichtete heute schon zwei Drittel der Gemeinden auf Erhebung des Schulgeldes; andere Gemeinden werden hoffentlich nachfolgen, so daß es sich erübrigt, auf den Antrag Frank einzugehen. Den Antrag Muser bezgl. des Religionsunterrichts lehnen wir aus Zweckmäßigkeitsgründen ab, da wir 800 rein konfessionelle Schulen haben. Die jetzige Fortbildungsschule ist ein Schmerzenskind der Lehrer und Gemeinden. Die Festigung der religiös-sittlichen Anschauung ist eine Hauptaufgabe unserer Schule. Hier muß die Fortbildungsschule mitwirken. Sie muß helfen mitwirken im Kampfe gegen Radikalismus und Materialismus. (Beifall im Zentrum.) Es muß Aufklärung geschaffen werden über Monismus, Sektarismus und die Gefahren der Großstadt. Die Erfüllung des Wunsches auf einen obligatorischen Besuch der Christenlehre ist leider aussichtslos. Die oberste Kirchenbehörde lehnt ihn leider ab. Deshalb muß der Religionsunterricht in der Fortbildungsschule obligatorisch werden. Es muß jedoch etwas gegen den Radikalismus geschehen. Ich spreche dies aus im Namen verschiedener meiner Freunde, wenn auch nicht im Namen der Fraktion. Der Unterricht in Apologetik und Kirchengeschichte muß obligatorisch werden. (Beifall im Zentrum.) Der obligatorische Religionsunterricht muß in der Volksschule erhalten bleiben, wie dies der Minister zu meiner Freude erklärte. (Beifall bei den Nationalliberalen und im Zentrum.)

Abg. Geiß (Soz.):

Es haben im Laufe dieser Sitzungen eine Reihe von Rednern das Wort ergriffen, welche zum größten Teil ihre Bildung auf höheren Bildungsanstalten geholt haben. Ich habe nun den Auftrag von meiner Fraktion als Adjutant einer Volksschule über das Bildungswesen in Baden unsere grundsätzliche Stellung darzulegen. Es ist von anderer Seite angegeben worden, daß die Bildung des Volkes, die Heranbildung der Jugend zu tüchtigen Staatsbürgern eine Hauptaufgabe im öffentlichen Leben sei und daß an den Mitteln hierfür nicht gespart werden solle und dürfe. Hiermit sind wir einverstanden. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß für das Bildungswesen als solchem, aber insbesondere für das Bildungswesen der unteren Volksschichten niemals zu viel getan werden kann, und wir sind ferner der Meinung, daß man bei uns im Lande Baden schon seit Jahrzehnten dem Bildungswesen an den hohen und höheren Bildungsanstalten große Aufmerksamkeit zugewendet hat, zu wenig aber dem Gebiete der Volksschule. Wir finden, wenn wir uns in unser ganzes Bildungssystem vertiefen, daß nirgends im öffentlichen Leben die Klaffen-gegenstände so sehr hervortreten als wie gerade im Bildungswesen. Unsere ganze Bildung, wie sie heute gegeben wird, trägt das

Bild einer Klassenbildung.

Wenn wir in Betracht ziehen, was auf einen einzelnen Schüler auf der Hochschule und auf der Mittelschule entfällt und damit vergleichen, was ein Schüler der Volksschule kostet, so finden wir, daß dabei eben die Volksschule am allergeringsten wegstommt, und daß der Volksschule mehr Mittel zugewendet werden müssen als jeher der Fall war. Nicht nur wird der große Masse, etwa 95 Prozent der Bevölkerung die Möglichkeit genommen, eine bessere Bildungsanstalt zu besuchen, es wird den Kindern aus dem Volke auch unmöglich gemacht, irgendwie einmal in den hohen und höchsten Staats- und Verwaltungssphären des Staates, der Gemeinde und der Gesellschaft, tätig zu sein. Unser Bildungswesen ist somit gewissermaßen ein Privileg der besitzenden Klasse. Die Talente aus dem Volke können nicht ausgebildet werden, weil die Mittel fehlen, sie in die

höheren und höchsten Bildungsanstalten zu bringen. Es kommt heute nicht Talent, Veranlagung und Liebe zu einem Beruf in Frage, sondern es kommt in erster Linie der Geldbeutel der Eltern in Betracht. Der Andrang zu den Mittelschulen ist deshalb ein so großer, weil dabei der Verdichtungsgrad zum Einjährig-Freiwilligen erworben wird. Es ist von uns wiederholt und auch schon in dieser Debatte erklärt worden, daß wir Gegner des Einjährig-Freiwilligensystems sind. Wir wissen aber, daß für diesen Wunsch keine Aussicht vorhanden ist. Wir wollen deshalb weiter gehen und wünschen, daß jedem Absolventen der Volksschule der Einjährige Schein gegeben wird; dann kommen wir auf leichte Weise zur einjährigen Dienstpflicht. (Heiterkeit.) Ich bin der Meinung, daß nicht allein die Erlangung des Einjährig-Freiwilligenschein an dem Andrang zu den Mittelschulen schuld ist, sondern daß der Zug der Zeit dahin geht, daß man heute der Leistung des Bauersmanns, des Handwerkers, des Fabrikarbeiters viel zu wenig Wert beimißt, daß man ihre praktische Arbeit viel geringer bewertet, als sie es in Wirklichkeit verdient. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Es zeigt sich heute überall eine gewisse

Abgeschlossenheit gegenüber den arbeitenden Klassen, welche nicht durch Kopfarbeit, sondern durch körperliche Arbeit ihr Dasein fristen und welche hierdurch der Gesellschaft jedenfalls mindestens ebenbürtige Dienste zu leisten in der Lage sind, wie diejenigen, welche sich durch Kopfarbeit nützlich zu machen suchen. Es besteht überall der Drang darnach, Beamter zu werden und so eine gut dotierte Stellung zu erhalten. Diese Klassifizierung in der Bildung im allgemeinen hat Bestes, jedenfalls ein Schulmann ersten Ranges, seinerzeit einmal folgende Bemerkungen gemacht. Er hat das Bildungswesen seiner Zeit verglichen mit einem großen Hause, dessen oberstes Stockwerk zwar in hoher, vollendeter Kunst strahlt, aber nur von wenigen Menschen bewohnt ist. In den mittleren Wohnen schon Mehrere, aber es mangelt ihnen an Treppen, auf denen sie auf eine menschliche Weise in das obere aufsteigen können. Im untersten Stockwerk wohnt eine zahllose Menschenherde, die für Sonnenchein und gesunde Luft mit den oberen zwar das gleiche Recht hat, aber sie wird nicht nur in elendsten, dunklen, fensterlosen Kellern sich selbst überlassen, sondern man macht ihr durch Binden die Augen sogar zum Hinausgucken untauglich. Ich glaube, das was hier Vater Bestalozzi gesagt hat, durchaus richtig ist und auch für die heutige Zeit im großen und ganzen noch zutrifft. Ich will nun angeben, daß man

in Baden

bemüht ist, zur Hebung der Volksschulbildung das Möglichste zu tun und beizutragen. Es kann auch zugegeben werden, daß in den letzten zwei Jahrzehnten auf diesem Gebiete eine wesentliche Besserung eingetreten ist und daß wir wohl auf dem Wege sind, reformatorisch hier einzugreifen und unsere ganzen Schulverhältnisse mehr der neueren Zeit und den neueren Gedanken anzugewöhnen. Der größte Mangel unserer Volksschule besteht immer noch darin, daß die Klassenfrequenz eine zu große ist. Wir verlangen, daß die höchste Klassenfrequenz nur 40 bis höchstens 50 Schüler betragen soll. Wir müssen daher auf dem Gebiete der Erbauung und Vergrößerung der Schulhäuser ein schnelleres Tempo verlangen. Der Wunsch von Geldmitteln als Beihilfe an solche Gemeinden, welche Schulhäuser zu erbauen haben, steht heute mit 400 000 M. im Etat. Das reicht aber bei weitem nicht aus. Früher hat es bei uns an Lehrern gemangelt, heute mangelt es uns an Schulhäusern. Die Grundzüge einer gesunden Volksschulbildung setzt einen guten, tüchtigen, zufriedenen

Lehrerhand

voraus. Wir sind jeberzeit für die Hebung der materiellen und sozialen Verhältnisse der Lehrerschaft eingetreten. Die Wünsche der Lehrer, welche sie an den heutigen Staat haben, sind jedoch noch nicht vollumfänglich erfüllt. Wir können sagen, daß der Lehrerstand, welcher zurzeit bei uns in Baden vorhanden ist, im ganzen genommen unsere volle Anerkennung verdient. Ich habe nun der Regierung eine Bitte der Lehrerschaft vorzutragen, welche mir von Mannheim mit auf den Weg gegeben worden ist.

Ich möchte die Regierung rüchlich ersuchen, den Wünschen der Lehrerschaft in der Frage der Dienstamtsweisung bei Bildung des Lehrerschulusses das größtmögliche Entgegenkommen zu zeigen. Wir stellen uns ferner auf den Standpunkt, daß bei der Behandlung der Lehrerschaft in der Frage, ob

Lehrer oder Lehrerin,

Gleichheit herrschen soll. In den letzten Tagen ist eine Kritik durch die Presse gegangen, die erkennen läßt, daß die gleiche Behandlung der männlichen und der weiblichen Lehrkräfte doch noch nicht voll und ganz besteht, sondern daß die weiblichen Lehrkräfte gegenüber den männlichen eine Aus-

nahmebehandlung erfahren. Es heißt hier: Eine Hauptlehrerin in Mannheim zeigte an, daß sie beabsichtige, sich zu verheiraten. Das Kultusministerium eröffnete ihr durch Erlass vom 14. Februar 1914, daß aus grundsätzlichen Erwägungen verheiratete Frauen im Schuldienst nicht verwendet würden. Zugleich wurde sie aufgefordert, bei ihrer Verheiratung um Entlassung aus dem Schuldienste nachzusuchen und ihr angedeutet, daß sie sonst ohne Ansuchen aus dem Schuldienste entlassen werde. Eine Entschließung des Staatsministeriums vom 14. Februar 1914 bestätigte diese Bestimmung. Die Groß. Regierung beruft sich bei diesem Erlass auf den § 21 des Beamtengesetzes. Dieser Paragraph nötigt jedoch die Regierung nicht, eine Lehrerin zu entlassen, wenn sie sich verheiratet; sondern es treten eben nur die Konsequenzen daraus in Wirklichkeit, daß sie dann auf Pensionärsberechtigung usw. sowie auf lebenslängliche Anstellung keinen Anspruch erheben kann. Es steht jedoch in diesen Bestimmungen nicht, daß diese Pensionierung infolge ihrer Verheiratung ohne Weiteres aus dem Schuldienst entlassen werden müsse. Es scheint, daß diese Pensionierung draußen im Volke große Mißstimmung herbeigeführt hat. Ich kann namens meiner Fraktion erklären, daß wir diesem Erlass unsere Zustimmung nicht geben können und daß wir dieses Vorgehen mißbilligen.

Unsere grundsätzliche Stellung zur Volksschulbildung

geht auf folgende Wünsche hinaus: obligatorischer Besuch der Volksschule, Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeigneter sind, Erziehung zur allgemeinen Wehrfähigkeit. Wir geben zu, daß die Erfüllung dieser Grundzüge die Umwandlung unserer heutigen Schule in eine Staatschule voraussetzen würde. Ein hierzu nötiges Reichsgesetz ist zur Zeit nicht zu erwarten. Nicht richtig ist es, wenn die Vertreter der bürgerlichen Parteien es so hinstellen, als ob überhaupt nicht die Mittel für eine Staatschule vorhanden seien. Denn heute schon werden wesentliche Mittel seitens des Staates aufgewendet zur Unterstüßung des heutigen Schulsystems. Auch franten auf dem Lande unsere Volksschulen vielfach daran, daß die notwendigen Mittel nicht vorhanden sind.

Die Ueberführung der Gemeindefunktion zur Staatschule ist kein neuer Gedanke und wurde früher auch in bürgerlichen Kreisen, besonders in nationalliberalen Kreisen, vertreten. Schon in den 60er Jahren hat Dietrichweg auf diesen Gedanken hingewiesen, als er sagte: „Hat man die Ausbildung der Jugend als Pflicht der Staatsgesellschaft anerkannt, so folgt von selbst, daß die Kosten der betreffenden Einrichtungen als Staatsausgaben aus den Staatsmitteln bestritten werden müssen.“

Wir müssen nun bis zur Ueberführung der Gemeindefunktion zur Staatschule in erster Linie verlangen, daß die Einseitigkeit der Volksschule herbeigeführt wird; daß alle Kinder des Volkes, gleichviel, wenn dieselben nach Geburt und Stand angehören, gezwungen werden, in die Volksschule bis zum Uebergang an eine höhere Bildungsanstalt zu gehen. Dadurch würde es auch möglich sein, die gewaltigen Klaffenengnisse zu mildern und die Kinder der besser situierten und der ärmeren Klassen einander näherzubringen. Die Möglichkeit der obligatorischen Einführung des Besuchs der Volksschule ist ja vorhanden und in verschiedenen Staaten und Städten auch bereits durchgeführt. Auch hier muß ich wieder Dietrichweg zitieren, der im Jahre 1866 sagt: „Wer den Fortschritt in der allgemeinen Kultur will, muß die gemeinsame Erziehung und Bildung wollen und muß verstehen die Ueberwindung der Menschen nach den Vorurteilen der Geburt, des Besitzes und der Berufart.“ Eine weitere Forderung der Jetztzeit ist die Beseitigung der sogenannten Vor-

Zur Begründung des Antrags Dr. Frank und Genossen

möchte ich folgendes ausführen. Nach unserem Schulgesetz ist bekanntlich der Schulbesuch ein obligatorischer, alle sind gesetzlich zum Besuch gezwungen, und es ergibt sich schon daraus, wenn der Staat jemandem zwingt, irgend eine Institution zu besuchen, er auch für die Kosten aufzukommen hat. Man kann auf die Militärpflicht hinweisen, die als Zwang betrachtet wird und wobei auch der Militärische Unterhalt und Verpflegung der Mannschaften aufkommt. Es ist selbstverständlich, daß dasselbe auch auf dem Gebiete der Schule zu geschehen hat, wo der Staat durch Gesetz jedes Kind zum Schulbesuch zwingt. Wenn man dann weiter in Betracht zieht, daß etwa 90 Prozent der Bevölkerung durch die Volksschule herangebildet werden, so erwächst daraus selbstverständlich dem Staat die Verpflichtung, den Gemeinden die Lasten hierfür abzunehmen und die Unentgeltlichkeit des Unter-

richts durchzuführen. In Preußen ist die Schulgeldfreiheit seit 1866 eingeführt, in Hessen seit 1900, ebenso in Oldenburg und in der Mehrzahl der Thüringischen Staaten. Es ist also nichts neues, wenn wir verlangen, daß das Schulgeld abgeschafft werden soll. Der weitere Teil unseres Antrags geht dahin, daß dann die Regierung solchen Gemeinden, denen es überzueits an den nötigen Mitteln fehlt, um den Ausfall des Schulgelbes zu tragen, Dotationen gewähren soll. Es ist nach unserer Meinung Aufgabe des Staates, einzugreifen und die Möglichkeit zu schaffen, daß das Schulgeld im ganzen Lande für die Volksschulen aufgehoben wird. Unserer prinzipiellen Anschauung zufolge wünschen wir auch, daß die Lehramter freigegeben werden. Dieser Wunsch kommt besonders in Frage bei Arbeiterfamilien, welchen es besonders bei einer Einwanderung schwer fällt, für viele Kinder vollständig neue Lehramter anzuschaffen. In Mannheim wird jedem Schüler, soweit er darum nachsucht, die Lehrmittelfreiheit gewährt.

Man könnte also dieser Forderung sehr wohl stattgeben. Man spricht in der Gegenwart auch so viel von dem Geburtenrückgang und dergleichen. Wenn derartige Besorgnisse vorhanden sind, dann braucht man sich nicht darüber zu wundern, daß man die große Kinderzahl nicht mehr als Wohlthat, sondern als eine Plage empfindet. Schon aus diesem Grunde müßten Sie unserem Antrag ihre Zustimmung geben. Das Beste und Vernünftigste, um allen Streitfragen zwischen Schule und Kirche ein Ende zu machen, wäre die

Trennung von Kirche und Schule.

Wir müssen in Betracht ziehen, daß die Bewegung des Antikritik aus der Landespolitik mehr und mehr vorwärts schreitet. In Mannheim sind jetzt etwa tausend freireligiöse Kinder. In zehn Jahren werden sie wohl einen guten Teil der in Mannheim die Schule besuchenden Bevölkerung darstellen. Zurzeit hat aber Mannheim rund 30 000 Volksschüler. Davon sind, wie gesagt, 1000 Angehörige der freireligiösen Religionsgemeinschaft. Wir können also doch das Verhältnis nicht so bestehen lassen, wie es neulich von Seiten des Herrn Ministers fixiert wurde. Gerade deshalb haben wir alle Veranlassung, heute zu verlangen, daß jene Trennung vorgenommen, daß also der Religionsunterricht aus dem allgemeinen Lehrplan ausgeschaltet wird und andererseits betreffs der Erteilung des Religionsunterrichts ein Zwang auf die Lehrer nicht ausgeübt werden soll. In diesem Sinne stimmen wir dem Antrag des Kollegen Muser zu. Ferner wünschen wir eine Reform des Volksschullehrplans, in bezug auf Veranlagung und dafür für die oberen Klassen einen Unterricht in Bürgerkunde und in der sozialen Gesetzgebung. Des weiteren verlangen wir noch immer die

Abfassung der Körperlichen Pädagogik in der Volksschule.

Ich weiß ja wohl, daß die Lehrerschaft und die Geschäftswelt darin nicht zu haben sind (zurufe von rechts: Und vernünftige Eltern auch nicht!) — Und vernünftige Eltern auch nicht? Herr Kollege Schöfer, ich habe auch Kinder erzogen und die Erfahrung ist wenigstens so gut gelungen, wie bei denen, die alle Tage geprügelt werden. Meine Kinder wurden nicht geprügelt; heute sind sie erwachsen und machen ihrem Vater keinen Weg Schande. Und wenn man nun sagt, es wäre nicht möglich, ohne die körperliche Pädagogik auszukommen, warum ist es denn möglich an den sogenannten „höheren Bildungsanstalten“? (Sehr gut, sehr richtig! links.) Wollen Sie etwa behaupten, daß die Kinder an den höheren Bildungsanstalten besser gezeugt sind als die Arbeiterkinder? In neuerer Zeit haben wir gehört, daß selbst bei Jünglingen der höheren Schulen die Krümmelangebrachte wäre, die notwendig ist, nach ihrer Ansicht. Dort (zur Rechten gewendet) sind Sie sehr dafür, daß sie heraus bleibt. Wir sind auch nicht dafür, daß sie eingeführt wird. Sie sollen jedoch nicht glauben, daß nur die Kinder der unteren Bevölkerungsschicht mit dem Stode oder der Reiztiege gezeugt werden müssen. Viele Intelligenzien und Streiftigkeiten lassen sich vermeiden, wenn die körperliche Pädagogik unterbleibt; viele Gerichtsverhandlungen, viele Klagen gegen Lehrer können in Wegfall. Ich meine, wenn die Kinder mit der nötigen Verlehrung in die Schule kommen, wäre es möglich, auch aus den Volksschulern eine tüchtige Generation heranzuzubilden, ohne daß dabei immer die körperliche Pädagogik im Vordergrund stehen müßte. Ferner verlangen wir die Aufhebung der Kombinationenklassen, die veraltet sind.

Ferner sehen wir auf dem Standpunkt, daß überall da, wo größere Schulen vorhanden sind, sogenannte Hilfsklassen für weniger Begabte oder nicht vollbegabte Kinder eingeführt werden sollen, damit diesen Kindern in einem Extracurriculum die Elementarkenntnisse beigebracht werden können, welche sie für das Gewerbetreiben notwendig haben. Weiter sollte dem Aufnahmsunterricht (der Einführung der Arbeitsschule, Pflege und Weiterverbreitung derselben) größte Aufmerksamkeit entgegengebracht werden. Weiterhin wünschen wir, daß die Kinder vier Pferde zerissen und ins Feuer geworfen ward, stand Joseph Gamelin immerzu hinter ihr und machte ihr Komplimente über ihren Teint, ihren Haarputz und ihre Figur.

Sie trank die Reige ihres Weins aus und versenkte sich weiter in ihre Vergangenheit. „Du kamst eher zur Welt, Evarist, als ich dachte, und zwar, weil ich während der Schwangerschaft einen großen Schreck bekam. Ich wurde auf dem Pont-Neuf fast ungerissen von der Menge der Schaulustigen. Du warst bei der Geburt so klein, daß der Arzt glaubte, du würdest nicht am Leben bleiben. Aber ich wußte, Gott würde mir Gnade beweisen und dich mir erhalten. Ich zog dich auf, so gut ichs vermochte; ich sparte weder Mühe noch Kosten. Es ist recht und billig, du sagst, Evarist, daß du mir dafür dankbar warest, und es mir von klein auf nach besten Kräften vergaltest. Du hattest ein sanftes, liebevolles Gemüt. Auch deine Schwester hatte kein schlechtes Herz, aber selbstständig war sie und heftig. Du hattest mehr Mitleid als sie mit dem Unglück. Wenn die Gassenbuben der Stadtgegend die Vogelnester in den Bäumen ausnahmen, dann wolltest du ihnen die jungen Vögelchen entreißen und sie ihrer Mutter wiedergeben, und oft liebst du dich nur durch Fußtritte und grimmige Giebe davon abbringen. Als du sieben Jahre alt warst prügeltest du dich nicht etwa mit ungezogenen Bengeln herum, sondern du gingst artig auf der Strafe und sagtest deinen Katechismus her, und alle Armen, denen du begegnetest, brachtest du ins Gams, um ihnen zu helfen. Du müßtest dich schließlich schämen, um es dir abzugewöhnen. Du konntest keinen Menschen leiden sehen, ohne zu weinen. Als du erwachsen warst, würdest du bildhübsch; und was mich sehr wunderte, du schienst es gar nicht zu merken. Darin warst du sehr verkehrten von den meisten hübschen Jungen, die gefallsüchtig und auf ihr Gesicht eitel sind.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Götter dürsten.

Roman aus der französischen Revolution.

Von Anatole France.

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

„Mutter, sagte Gamelin Stirnrunzelnd, die Teuerung, unter der wir leiden, kommt von den Kornwuchsern und Spekulanten, die das Volk aushungern und im Bunde mit den äußeren Feinden stehen, um die Republik bei den Bürgern verhaßt zu machen und die Freiheit zu vernichten. Ja, dahin führen die Komplote der Anhänger Brissots, die Verräterei eines Pétion und Roland! Wohl uns, wenn die Föderalisten nicht bewaffnet auf Paris rücken und die Bürger abschlachten, die noch nicht verhungert sind! Da ist keine Zeit zu verlieren. Man muß einen Kornpreis festsetzen und jeden guillotinierten, der mit der Volkshahrung wuchert, Aufruhr sät oder es mit den Fremden hält. Der Konvent hat eben ein besonderes Gericht eingesetzt, um die Verschwörer zu richten. Es besteht aus Patrioten: hätten seine Mitglieder nur Energie genug, um das Vaterland gegen alle seine Feinde zu schützen! Hoffen wir auf Kobespierre: er ist tugendhaft. Hoffen wir vor allem auf Marat. Der liebt das Volk, der erkaufte unsern wahren Vorteil und dient ihm. Stets war er der Erste, wenn es galt, Verräter zu entlarven und Komplote zu vereiteln. Er ist unbestechlich und furchtlos. Er allein kann die Republik aus der Gefahr retten.“

Die Bürgerin Gamelin schüttelte den Kopf, und die lässig angelegte Hofarbe entfiel ihrem Gute.

„Geh doch, Evarist! Dein Marat ist auch nur ein Mensch und nicht mehr wert als andere. Du bist jung, du machst dir Illusionen. Was du heuer von Marat sagst, sagtest du früher von Mirabeau, Lafayette, Pétion und Brissot.“

„Niemals!“ rief Gamelin in ehrlicher Vergeßlichkeit. Die Bürgerin machte ein Ende des roten Solatichs von den Büchern, Papieren, Pinseln und Zeitschriften frei und hob die Subterrane aus Steigant, zwei Keller,

zwei Stahlgabeln, den misfarbenen Brotlaib und eine Flasche mit Tresterwein auf.

Mutter und Sohn verzehrten stillschweigend die Fleischbrühe und beendeten ihr frugales Mahl mit einem Stüchchen Speck. Die Mutter legte ihr Suppenfleisch auf ihr Brot, führte die Stücke auf der Spitze ihres Löffelmessers feierlich an den zahnlösen Mund und faute die teuren Speise mit Respekt.

Den Löwenanteil ließ sie ihrem Sohne, der zerstreut und versunken blieb.

„H, Evarist“, mahnte sie von Zeit zu Zeit. „H doch!“ Und dieses Wort nahm in ihrem Munde die Weiße eines religiösen Gebots an.

Dann fing sie wieder an, über die teuren Zeiten zu klagen. Gamelin empfahl aufs neue die Festsetzung des Kornpreises als einzigen Ausweg.

„Es ist kein Geld mehr im Lande“, wandte sie ein. „Die Emigranten haben alles mitgenommen. Das Vertrauen ist hin. Man möchte an allem verzweifeln.“

„Still doch, Mutter, still doch!“ fuhr Gamelin auf. „Was liegt an unsern augenblicklichen Opfern und Leiden! Die Revolution wird die Menschheit auf Jahrhunderte beglücken!“

Die gute Frau tauchte ihr Brot in den Wein. Ihr Geist heiterte sich auf. Lächelnd dachte sie an ihre Jugendzeit zurück, wo sie am Königsgeburtstag, auf dem Hofen getanzt hatte. Sie dachte auch an den Tag, da Joseph Gamelin, zünftiger Messerschmied, um sie angehalten hatte. Und sie begann Stück für Stück zu erzählen, wie die Dinge sich zugetragen. Ihre Mutter sagte zu ihr: „Zieh dich an! Wir gehen nach dem Richtplatz in den Goldschmiedeladen von Herrn Vienassis, um zuzusehen, wie Damien geberieit wird.“ Nur mit großer Mühe brachen sie sich Bahn durch die Menge der Schaulustigen. Im Laden des Herrn Vienassis trafen sie Joseph Gamelin in seinem schönen rosa Staatskleid, und sie begriff sofort, woher er kam. Solang sie am Fenster stand und zusah, wie der Königsräuber mit glühenden Fingern gewickelt, wie flüssiges Blei in seine Wunden gegossen, wie er dan

vier Pferde zerissen und ins Feuer geworfen ward, stand Joseph Gamelin immerzu hinter ihr und machte ihr Komplimente über ihren Teint, ihren Haarputz und ihre Figur.

Sie trank die Reige ihres Weins aus und versenkte sich weiter in ihre Vergangenheit.

„Du kamst eher zur Welt, Evarist, als ich dachte, und zwar, weil ich während der Schwangerschaft einen großen Schreck bekam. Ich wurde auf dem Pont-Neuf fast ungerissen von der Menge der Schaulustigen. Du warst bei der Geburt so klein, daß der Arzt glaubte, du würdest nicht am Leben bleiben. Aber ich wußte, Gott würde mir Gnade beweisen und dich mir erhalten. Ich zog dich auf, so gut ichs vermochte; ich sparte weder Mühe noch Kosten. Es ist recht und billig, du sagst, Evarist, daß du mir dafür dankbar warest, und es mir von klein auf nach besten Kräften vergaltest. Du hattest ein sanftes, liebevolles Gemüt. Auch deine Schwester hatte kein schlechtes Herz, aber selbstständig war sie und heftig. Du hattest mehr Mitleid als sie mit dem Unglück. Wenn die Gassenbuben der Stadtgegend die Vogelnester in den Bäumen ausnahmen, dann wolltest du ihnen die jungen Vögelchen entreißen und sie ihrer Mutter wiedergeben, und oft liebst du dich nur durch Fußtritte und grimmige Giebe davon abbringen. Als du sieben Jahre alt warst prügeltest du dich nicht etwa mit ungezogenen Bengeln herum, sondern du gingst artig auf der Strafe und sagtest deinen Katechismus her, und alle Armen, denen du begegnetest, brachtest du ins Gams, um ihnen zu helfen. Du müßtest dich schließlich schämen, um es dir abzugewöhnen. Du konntest keinen Menschen leiden sehen, ohne zu weinen. Als du erwachsen warst, würdest du bildhübsch; und was mich sehr wunderte, du schienst es gar nicht zu merken. Darin warst du sehr verkehrten von den meisten hübschen Jungen, die gefallsüchtig und auf ihr Gesicht eitel sind.“

(Fortsetzung folgt.)

durch Massenpaziergänge im Freien mit der Natur vertraut gemacht werden. Es wurde schon von verschiedenen Seiten über die Fernhaltung der Kinder vom Genuss des Alkohols

gesprochen. Es ist nicht notwendig, Kinder gewissermaßen noch zum Alkoholgenuss anzureizen. Das Bestreben der Alkoholbekämpfung findet aber gerade bei der Sozialdemokratie nicht nur in Bezug auf die Kinder Unterstützung. Was unjenseits in dieser Beziehung geschehen kann, soll geschehen. Selbstverständlich soll dabei nicht nur Lehrerschaft und Schule, sondern auch das Elternhaus mitwirken. Mindestens ebenso schädlich als der Alkohol ist der Tabak. (Sehr richtig! Sehr gut! auf mehreren Seiten) und ich bedauere das Rauchen, soweit es auf den Schulen vorkommt — obwohl zu meiner Zeit, wo ich vor fünfzig Jahren noch in die Schule ging, auch schon geraucht wurde, aber heimlich. (Weiterheit.) Im Interesse einer Bekämpfung der Tuberkulose sollte daher nicht nur der Verkehr des Alkohols, sondern auch des Tabaks, der Zigarette, mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht werden. Ueber die Rinos und über die Literatur haben wir bereits bei Beratung des Ministeriums des Innern das Nötige gesagt. Wir verlangen des weiteren, daß für die nichtschulpflichtigen Kinder Anstalten und Kinderkassen errichtet werden, wo die Kinder, ehe sie zur Schule kommen, gute Aufnahme finden. Wir verlangen des weiteren die Errichtung von Jugendheimen für solche junge Leute, die bereits aus der Schule entlassen sind. Das gilt besonders für größere Plätze. Wir befehlen die Bewegung der Wandervogel, dagegen können wir uns mit dem System des Jungdeutschlandbundes nicht einverstanden erklären, weil darin zu viel Militarismus getrieben wird. Ich meine, wenn wir unsere Schule in dem Sinne und in dem Geiste, wie ich ihn kurz skizziert habe, ausbauen würden, werden wir imstande sein, die kommende Generation so heranzubilden, daß sie in der Volksschule das Maß von Bildung erhält, das im öffentlichen Erwerbsleben und im Kampf ums Dasein notwendig ist. Deshalb gilt unser Kampf der Volksschule. Wir werden ein für die Verbesserung der Volksschule, um eine höhere Bildung, eine tiefere Sittlichkeit, eine höhere Kultur, schäner, wahrer Ziele und eine wirklich gesunde Freiheit des Menschentums herbeizuführen. (Leb. Beifall bei den Soz.)

Abg. Herze (Konj.) begründet den konventionellen Antrag bezüglich der Erweiterung der Lehrerschüler. Der Redner bringt die Wünsche des preussischen Abgeordnetenhauses über die Beziehungen von Schule und Gemeinde vor. Wir sind uns der Tragweite unseres Antrags bewußt. Der Antrag unserer Gruppe die Trennung von Kirche und Staat bedeutet. Unsere Schule muß auf christlicher und moralischer Grundlage stehen.

Nächste Sitzung: Freitag vormittag 9 Uhr. Fortsetzung der Volksschuldebatte.

Schluß der Sitzung: 11 Uhr.

Die Budgetkommission

genehmigte gestern zunächst den Bericht des Abg. Redmann über das Dotationsgesetz. Ueber den Konstanzer Bahnhof soll der Kommission eine atomistische Darstellung vorgelegt werden. Bei der Weiterberatung der Eisenbahnbaubudgets wird eine 8. Teilforderung für den Heidelberger Bahnhof im Betrag von 6500 000 M. genehmigt. Für Ueberholungsarbeiten auf verschiedenen Stationen werden insgesamt 1 535 000 M. angefordert und genehmigt. Die Regierung legte dabei eine graphische Darstellung über die Verkehrsentwicklung in den letzten 30 Jahren vor, aus der sich eine ganz enorme Entwicklung ergibt. Für die Werksstättenanlagen in Schweringen werden 3 301 000 M. bewilligt, für Lokomotiven 7 496 000 M., für Personenwagen 355 000 M., für Güterwagen 7 610 000 M. Als Darlehen an gemeinnützige Eisenbahner-Vereinigungen werden 600 000 M. bewilligt. Insgesamt betragen für die Budgetperiode 1913/14 die Ausgaben 63 801 530 M., die Einnahmen 2 815 865 M.

Ein weiteres Bekenntnis des Ministers Dr. Böhm zur Reaktion.

gr. Karlsruhe, 1. Mai. In der Fortsetzung der Beratung des Volksschulgesetzes

begründet Abg. Muser (F. Bp.) seinen Antrag bezüglich des Religionsunterrichts. Es handelt sich einerseits darum, daß Lehrer nicht gegen ihre Ueberzeugung Religionsunterricht erteilen müssen; andererseits um die Gefahr für die Lehrer, falls ihnen die missio canonica entgegen wird. Es handelt sich deshalb um eine Frage des Rechts und der Gewissensfreiheit. Angenommen ein Zentrumsmann wird Kultusminister, so können aus dem jetzigen Zustand große Konflikte entstehen, da der Begriff „unmöglich“ sehr dehnbar ist. Im Jahre 1906 fand Kollege Lehmann auch auf dem Standpunkt unseres Antrags. Die nationalliberale Partei teilte früher auch unsere Ansicht, was die Ausbreitung des Abg. Kiefer und des Ministers Böhm beweisen. Unser Antrag wird wiederholt, wenn er abgelehnt wird.

Minister Dr. Böhm geht zuerst auf die Einzelwünsche ein. Wenn eine Lehrerin verheiratet ist, so muß sie entweder den Beruf oder die Hausfrauenstätigkeit vernachlässigen. Hierzu wollen wir jedoch keine Veranlassung geben, weshalb wir keine verheiratete Lehrerinnen wünschen. Die Prügelfrage ist bereits soweit beschränkt als nötig. In der Fortbildungsschule können wir keinen obligatorischen Religionsunterricht einführen. Dies muß die Kirche, und zwar auf der Basis der Freiwilligkeit tun. Der Jungdeutschlandbund steht der Politik fern. Die Anträge Schöpffe sowie Frank sind abzulehnen. Ebenso auch der

Antrag Muser.

Die Folge dieses Antrags ist die Trennung von Kirche und Schule. Wenn einmal unzählige konfessionslose Lehrer vorhanden sind, so sehe ich keine andere Möglichkeit, als sie einzustellen in den Ruhestand zu sehen. Die überwiegende Mehrheit des Volkes will den Religionsunterricht. Der Disidentenparagraf kann gefährlich werden, wenn die Austrittsbewegung fortschreitet. Wenn nur 10 Prozent der Lehrer sich weigern, Religionsunterricht zu erteilen, so wäre unsere christliche Schule gefährdet. Damit händen wir vor der Trennung von Kirche und Schule. Hiergegen sind zu wenden, gehört Mut, da das Schlagwort heute die Masse beherrscht. Der Onkel Sozialdemokrat steht hinter dem Antrag Muser. Wenn der Abg. Frank neulich erklärte, daß seine Partei den Freireligiösen neutral gegenübersteht, so steht das im Widerspruch damit, daß mir der Abg. Vöttger das Vertrauen kündigte, wegen meines Vorgehens gegen die Freireligiösen. (Abg. Vöttger: Hier handelt es sich um die Gewissensfreiheit.) Sie (zu den Sozialdemokraten) haben Interesse daran, daß die Trennung der Kirche von der Schule fortschreitet, weil Sie sich sagen, daß da Ihre Saat schneller gedeiht. Dies sage ich jedoch zu verhindern. (Beifall rechts, lebhafter Beifall links, Zwischenrufe von den Sozialdemokraten.)

Abg. Ködel (Centr.) spricht sich für körperliche Bückung aus.

Nächste Sitzung: Montag nachmittag 4 Uhr. Volksschuldebatte. Schluß der Sitzung: 12 1/2 Uhr.

Impffrage und Politik.

Die „Frankfurter Zeitung“ glaubt der sozialdemokratischen Fraktion einen Vorwurf daraus machen zu dürfen, daß sie einem entschiedenem Impfgegner, dem Genossen Bok, Gelegenheit gegeben hat, in den Reichstagsverhandlungen seinen Standpunkt zu vertreten. Sie spricht höhnisch von der „auf ihre Wissenschaft stolze Partei“, die ihren Respekt vor der großen Entdeckung Jenner's dadurch zum Ausdruck brachte, „daß sie den Schuhmachermeister Wilhelm Bok als Redner vorauswählte“. Es ist merkwürdig, daß ein Blatt, das auf seine demokratische Gesinnung pocht, einem verdienten und erfahrenen Politiker seinen Privatberuf als Schuhmacher vorwirft, und daß dieses selbe Blatt, das sonst die Unterdrückung der Freiheit durch sozialdemokratischen Fraktionszwang beklagt, nun auf einmal den Fraktionszwang statuiert will in einer Frage, die wenigstens zum Teil ganz außerhalb der Politik liegt. Bei allem Respekt vor den Fortschritten der ärztlichen Wissenschaft kann die sozialdemokratische Partei ihre Mitglieder doch nicht zwingen, in einer medizinischen Frage eine bestimmte Ueberzeugung zu haben, sie kann es auch ihren Mitgliedern nicht verwehren, sich mit guten oder schlechten Gründen als Gegner der herrschenden Lehrmeinung zu bekennen. Eine Festlegung der ganzen Partei durch einzelne Redner kann in solchem Fall weder nach der einen noch nach der anderen Seite hin erfolgen.

Die politische Seite der Impffrage kommt erst in Betracht, nachdem die parteimäßig nicht zutreffende Entscheidung über die medizinischen Voraussetzungen erfolgt ist. Ein Politiker, der von der Nützlichkeit des Impfens überzeugt ist, wird sich die Frage vorzulegen haben, ob er von ihm erkannte Vorteile den Einzelnen auf gleichem Wege aufgedrungen werden kann oder nicht. Diese Frage dürfte aber von sozialdemokratischem Standpunkt aus zu bejahen sein. Denn vorausgesetzt, daß die Beseitigung des Impfens — wie die allermeisten Vertreter der ärztlichen Wissenschaft verfahren — eine bedeutende Gefahr für die Volksgesundheit mit sich bringt, darf von jedem Einzelnen verlangt werden, daß er das Notwendige auf sich nimmt, um dieser Gefahr zu begegnen. Wenn wir die Pflicht der Eltern anerkennen, ihre Kinder unterrichten zu lassen, wenn wir — durch die Forderung der allgemeinen Volkserziehung — die Pflicht jedes Einzelnen anerkennen, dem Eindringen eines fremden Angreifers entgegen zu treten, dann können wir uns auch nicht der allgemeinen Wehrpflicht gegen den fürchtbaren Feind einer schweren Volkskrankheit entziehen.

Es bleibt also dabei, daß in der Impffrage diejenigen das entscheidende Wort zu sprechen haben, die für ihre arundende wissenschaftliche Seite sachverständig sind. Das werden nicht immer approbierte Ärzte sein müssen, aber die ärztliche Wissenschaft selbst ist es, die gehört zu werden verdient und nichts liegt der sozialdemokratischen Partei ferner, als die Ansicht, das Vertrauen zur Wissenschaft untergraben zu wollen. Bedauerlich ist, daß die ärztliche Wissenschaft im Reichstag so gut wie gar nicht vertreten ist und daß insbesondere in der sozialdemokratischen Fraktion kein einziger Arzt sitzt. Das auch das nicht Absicht, sondern nur ein leidiger Zufall ist, braucht nicht erst betont zu werden. Nicht nur bei Beratung eines so speziell medizinischen Gegenstandes, wie es die Impffrage ist, in allen Fragen der Sozialhygiene und der Volkserziehung könnten sozialistische Ärzte der Gesetzgebung ausgezeichnete Dienste leisten.

Deutsche Politik.

Rüstungswahnsinn ohne Ende.

Die Firma Schneider in Creusot baut jetzt, wie die „Parole“ meldet, ganze „Eisenbahnbatterien“. In den französischen Festungen befinden sich bereits mit Geschützen bestückte Eisenbahnwagen, die eine schnelle Unterstützung der Festungsartillerie bewirken sollen. Die genannte Firma hat nun diesen Gedanken weiter ausgebaut und will schwere Geschütze, und zwar Haupten bis zu 220 Millimeter Kaliberweite auf Vollbahnen verwenden. Sie hat eine ganze Batterie als Geschützeinheit in einem Eisenbahnzuge zusammengestellt, der aus der Lokomotive, einem Beobachtungswagen, dem 1. Hauptwagen, dem Munitionswagen und dem 2. Hauptwagen besteht. Der Beobachtungswagen dient gleichzeitig als Mannschaftswagen zur Aufnahme von 35 Mann; er ist mit Stahlplatten gepanzert.

Es ist natürlich nur eine Frage der Zeit, bis auch die Firma Krupp solche Eisenbahnbatterien herstellen wird, die dann von den deutschen Steuerzahlern teuer bezahlt werden müssen. Ueber den Wert dieser neuen Waffe sagt die „Parole“:

„Daß die ganze Vorrichtung sehr empfindlich ist, braucht nicht besonders betont zu werden; ein Treffer in einem Wagen oder die Zerstörung des Gleises kann die ganze Batterie bewegungsunfähig machen und der Vermeidung preisgeben. Und ein schöneres Ziel als ein Eisenbahnzug kann sich ein mit Geschützen ausgerüstetes Flugzeug gar nicht wünschen.“

Die Ausfahrten, die sich da wieder einmal ergeben, sind wirklich reizend, der Rüstungswahn scheint kein Ende finden zu wollen.

Wieder ein Zusammenstoß in Javern.

Der erste Zusammenstoß zwischen den heimgekehrten Neumundneuzigern und einem Javerner Einwohner hat sich Sonntag abend in einer Wirtschaft zu Javern zugezogen. Nach den Darstellungen spielte sich der Vorfall folgendermaßen ab: Mehrere Burtschen sangen und tanzten in angeheitertem Zustande in der Wirtschaft. Dabei kam es zwischen der Tochter des Wirts, die mit einem Sergeanten des 99er Regiments verheiratet ist, und einem 20jährigen Burtschen zu einem Streit. Der Burtsche behauptet nun, bei dieser Gelegenheit von der Wirtstochter einen Schlag ins Gesicht erhalten zu haben. Er habe dann diesen Schlag sofort erwidert. Hierauf habe der Sergeant, der Gatte der Frau, sechs Revolverkugeln abgegeben, die niemand trafen. Dann ging der Burtsche zur Wirtschaft hinaus und wollte mit seinem Rad nach Hause fahren, wobei ihn der Sergeant auf der Straße verfolgte, das Sei-

tengewehr zog und den Burtschen nach. Außerdem schlug der Sergeant mit der Waffe nach dem Kopf des Burtschen, der nicht unbedenkliche Verletzungen erlitt. Er konnte zwar mit dem Rade noch nach Hause kommen, mußte aber Montag vormittag nach dem Straßburger Spital überführt werden.

Das elsässische Zentrum gegen Spahn jun.

Am Montag nachmittag fand der Parteitag der elsäss-lothringischen Zentrümmer statt. Hierbei wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen einen Artikel des Professors Dr. Spahn im Berliner „Tag“ richtete, worin Dr. Spahn für mehr preussische Beamte nach Elsaß-Lothringen plädierte. In der Resolution heißt es:

Der Zentralausschuß der elsäss-lothringischen Zentrumpartei beurteilt die Stellungnahme des Professors Dr. Spahn in der Nummer des „Tag“ vom 10. Januar 1914, in der er sich mit der Beamtenfrage in Elsaß-Lothringen beschäftigt. Der Zentralausschuß gibt seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß die elsäss-lothringische Beamtenfrage ihr Amt voll versteht und befähigt ist, ihre Pflicht zu erfüllen.

Gegen den von der Reichsregierung geplanten Beamtenaustausch zwischen elsässischen und preussischen Beamten nimmt der Parteitag der Zentrümmer ebenfalls Stellung und erhob in einer Resolution auch Einspruch dagegen, daß fürderhin ein Austausch der elsäss-lothringischen und preussischen Beamten stattfinden soll. Der Parteitag befürchtet, daß die Durchführung dieser Maßregel in einem, den Grundsatzen „Elsaß-Lothringen“ abträglichen Sinne erfolgen werde.

Das Einkommen des Kardinals Kopp.

Die „Köln. Volkszeitung“ kommt in einer Polemik gegen ein fortschrittliches Blatt auf den Kardinal Kopp zurück, wobei sie folgende interessante Mitteilungen macht:

„Das Einkommen der katholischen Bischöfe und Erzbischöfe in Preußen beträgt 24 000 bis 36 000 M. jährlich. Einzig und allein der Erzbischof von Breslau genießt die Einkünfte von jährlich 360 000 M., aber nicht aus dem preussischen Staatsfiskus. Wenn dieses Geld preussischer Herkunft wäre, so wäre es seinerzeit gerade so secularisiert worden, wie andere kirchliche Einnahmen. Allein das Geld kommt aus Oesterreich, wo große Güter liegen, u. a. auch das Schloß Johannesburg, welches Eigentum des erzbischoflichen Stuhles von Breslau ist.“

360 000 Mark Einkommen, fürwahr eine anständige Summe für den einstigen armen Webersohn. Rechnen man das nach den 26 Jahren um, die Kopp in Breslau amtierte, so ergibt sich die hübsche Summe von 9 Millionen Mark. Angesichts der Verleumdungen, die die liberale Presse über den toten Bebel ausgeschüttete, rechtfertig es sich durchaus, auf diese Pfunde des hohen katholischen Klerus hinzuweisen, die manchem bekannten Bibelworte widerspricht.

Neuer Wahlrechtsvorschlag.

Ein „Krieger von 1870/71“, der klug genug ist, seinen Namen zu verschweigen, hat den Mitgliedern des Reichstags eine starke Brotschüre zugehen lassen, in der er Vorschläge zur Abänderung des Reichstagswahlrechts macht. Es dürfte genügen, wenn wir hervorheben, was sich der Mann die Stimmabgabe denkt: Jeder Wähler erhält vom Steueramt einen Wahlpaß, an dem eine abzutrennende Postkarte hängt. Auf diese Karten klebt man den Stimmzettel, reißt sie vom Wahlpaß ab und steckt sie in den nächsten Briefkasten! Die Reichspost befördert das Sammeln der Stimmen, man braucht keine Wählerlisten, kein Wahllokal, keinen Wahlvorstand, keine Wahlschlepper usw. — Die Herborhebung dieser einen Bestimmung dürfte genügen, um die ganze Reform zu kennzeichnen.

Zum Kampfe der Scharfmacher gegen das Koalitionsrecht erklärt der Vorstand des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften einen Aufruf, in dem ein entschlossenes Vorgehen der christlich-nationalen Arbeiterchaft gegen die scharfmacherischen Bestrebungen für dringend notwendig erklärt wird:

Durch die letzte Verfügung des preussischen Ministers des Innern zur Unterdrückung von Streikaustrittsbewegungen hätten die Koalitionsfeinde bereits eine Abschlagzahlung erhalten. Das Verhalten der Polizei bei den künftigen Arbeitskämpfen müsse darum scharf beobachtet werden. Bei eventuellen Vorgehen sei sofort bis zu den letzten Instanzen Beschwerde zu erheben. Die draconischen Urteile bei geringfügigen Streikvergehen müßten gesammelt, die von den Scharfmachern geforderte Sühneleistung festgesetzt werden. Es handelt sich hier um Grundrechte der Arbeiterschaft. Wenn sie da nicht auf den Posten fest, verschärfte sich ihre Zukunft. Die christlich-nationalen Arbeiter müßten hierfür in den vorderen Reihen kämpfen.“

Das Klingt alles sehr entschieden, wie alle die früheren Aufrufe der christlichen Gewerkschaften. Freilich, ernst kann man diese drohenden Worte kaum noch nehmen. Von einem Wahlrechtskampfe in Preußen, der nicht minder eine Zukunftsfrage der Arbeiterschaft ist, findet man kein Wort darin.

Abermals Wahlprotest in Schwet.

Das polnische Wahlkomitee in Schwet hat beschlossen, gegen die Wahl des reichsparteilichen Abgeordneten von Salew abermals Protest einzulegen. Das Beweismaterial soll sehr groß sein.

Der Seniorenkonvent des Reichstags

ist auf Mittwoch mittag einberufen worden, um den Geschäftsplän für die nächsten Wochen festzulegen. In dieser Sitzung dürften nicht nur die Vorlagen bestimmt werden, die vor Schluß noch fertigzustellen sind, auch die Frage wird zur Entscheidung kommen, ob die Reichstagssession vertagt oder geschlossen wird.

Denkschrift über den Geburtenrückgang.

Im Reichsamt des Innern ist eine umfangreiche Denkschrift über die Ursachen des Geburtenrückgangs ausgearbeitet worden, die dem Reichstag in den nächsten Tagen zugehen wird. Die Denkschrift stellt offenbar die Begründung zu dem bekannten Initiativantrag der bürgerlichen Parteien dar, gegen den von Männern der Wissenschaft scharfster Protest erhoben wurde.

Ausland.

Schweiz.

Zürcher Wahlen. Bei der Erneuerungswahl der Regierung erhielt der sozialdemokratische Vertreter, Genosse Ernst, 56 255 Stimmen, die sechs bürgerlichen Vertreter erhielten 26 790 bis 44 896 Stimmen. Im Durchschnitt erhielten die bürgerlichen Kandidaten 33 000 Stimmen, jedoch die sozialdemokratische Partei von gut 22 000 Bürgern innegehalten wurde. Gleichzeitig fand die Totalerneuerung des Parlaments statt. Bis auf zwei Sitze wählen, deren antisozialdemokratischer Ausgang jedoch sicher scheint, sind sämtliche 221 Kantonsräte gleich im ersten Wahlgang gewählt worden. Dies ist auch ein Beweis der politischen Stagnation, die das Mehrheitsystem bewirkt hat. Die Sozialdemokratie erhielt 45 Sitze, bisher hatte sie deren 42. Neue Wahlkreise haben wir aber eigentlich nicht erobert können, dagegen haben wir einen Stimmengewinn von rund dreitausend Stimmen zu verzeichnen. Dieser Stimmengewinn ist nicht umsonst, weil in den sozialdemokratischen Hochburgen der Stadt Zürich, Auferholz und Industriequartier, die 90 Sitze im Kantonsrat haben, die bürgerlichen infolge völliger Ausichtslosigkeit überhaupt gar keine Gegenkandidaten aufstellen gewagt hatten. Naturgemäß leidet die Wahlbeteiligung mangels Kampfs. Unsere Partei hat 40 Prozent der Stimmen erhalten und knapp 20 Prozent der Sitze, — ein Beweis dafür, daß der Wähler auch bei allgemeinem Stimmrecht das Wahlergebnis zu fälschen vermag. Die gewählten 176 Bürgerliche verteilen sich angeblich auf drei Parteien, Liberale, Demokraten und Bauernbündler, aber die Herren wissen selbst nicht, welcher Partei sie angehören und ihre Wähler wissen es noch weniger, — sie wissen nur das eine, daß sie Sozialisten von reinstem Wasser sind. Mit diesem Parlament wird der fortschrittlichste Kanton der Schweiz drei Jahre zu rechnen haben, — ein Glück, daß 80 Prozent der Wähler, die diese Versammlung von Reaktionären fabriziert, vom Volke mit gewaltigem Mehr verworfen werden.

Oesterreich.

Die Aktion gegen die Regierung Stürgkh. Die deutsche sozialdemokratische Partei Oesterreichs hat kürzlich den Präsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses ersucht, eine Konferenz der Obmänner aller Parteien einzuberufen, um dem absolutistischen Regime Stürgkh entgegenzutreten. Alle Parteien haben diesem Vorschlag zugestimmt und der Präsident hat die Konferenz bereits auf den 4. Mai einberufen. Die Gänge der verschiedenen Stürgkh-Offiziosen gegen die Konferenz war also vergeblich. — Aus Budapest wird gemeldet: Beim Zusammentritt der österreichischen Delegation protestierte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Ellenbogen dagegen, daß die Delegationen einberufen werden, während der österreichische Reichsrat von seiner verfassungsmäßigen Tätigkeit ferngehalten wird. Der Vertreter der tschechischen Sozialdemokraten unterstützte diesen Antrag, der jedoch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt wurde.

Frankreich.

Die Wahlen in Frankreich. Der Sieg der französischen Arbeiterpartei ist noch bedeutender, als es nach den ersten Angaben erschien. Der Stimmengewinn beträgt in Paris 60 000, im Seine-Departement 25 000, in ganz Frankreich 280 000 Stimmen. Gewählt sind bisher 40 Genossen. Von den Stichwahlen, an welchen unsere Genossen beteiligt sind, sind nach der vorläufigen Abschätzung 56 aussichtsreich, jedoch die Partei Aussicht hat, mit einem Gewinn von mindestens 30 Sitzen in die Kammer zurückzukehren. Im ganzen wurden für die Kandidaten der Partei bei den Wahlen am Sonntag 1 400 000 Stimmen abgegeben. Die Wahlen haben aber auch ergeben, daß der innere Zusammenhalt der Partei größer geworden ist. Die Einordnung der Einzelnen unter den Gesamtwillen der Genossen hat sich glänzend dokumentiert. Gewisse Quertreiber in der Arbeiterbewegung kommen, das ergaben die Wahlen, immer weniger auf ihre Rechnung. Das gesamte Wahlergebnis liegt nunmehr infolgedessen vor: Zu wählen waren 602 Kandidaten; gewählt sind 240 Kandidaten, Stichwahlen 251, noch unbekannt 11 Resultate. Gewählt sind: 66 Reaktionäre (Gewinn 4 Mandate), 47 Progressiven (Verlust 3 Mandate), 20 Föderation der Linken (— 1), 38 Linkspublizisten (— 2), 118 Radikale und Radikalsozialisten (+ 3), 11 sozialistische Republikaner (— 2), 40 Sozialisten (+ 4).

Die Stichwahlen, für die von der Partei bereits eine klare Stellungnahme vorliegt, werden ergeben, ob die dreijährige Dienstzeit aufrechterhalten werden kann. Die Frage ist wichtig. Noch wichtiger aber für uns ist, daß die Wahlen von unserer Partei mit einem klaren sozialistischen Programm, ohne jede Wahlabschwächung durchgeführt, der Partei einen stattlichen Gewinn an Mandaten und einen unerwarteten Gewinn an Stimmen gebracht haben.

Badische Politik.

Sie lassen nicht lud.

In der Oppersdorffschen Zeitschrift zieht ein integraler badischer Geistlicher gegen den „Königlich-katholischen“ „Bad. Beobachter“ kräftig vom Leder. Die Form, in der er das tut, ist interessant genug, um sie hier kurz zu charakterisieren. Die Zurückweisung der letzten vom „Beobachter“ registrierten Verdächtigungen nennt er „wüste Etrudelen“. Von andern Vorwürfen und Zeichnungen, welche den „Quertreibern“ im „Bad. Beob.“ von Mitarbeitern und der Redaktion selbst zuteil wurden, sagt er: „Mögen alle diese und tausend andere Schollen Mitterbe ihnen (den Quertreibern) leicht sein“. Den „Bad. Beob.“ nennt er den „schupperrnden Beobachter“, „ein sogenanntes katholisches Blatt, dessen Redakteur ein katholischer Priester ist“, ein Blatt, durch welches jeder „geradezu fetzen und in Unwissenheit gehalten wird“ über die Integrität, „das wie seine Kinderfrau am Rhein, nur lebt vom: non audiat et altera pars“. Der „Beobachter“ kann, trotzdem er seinen „höheren Mantel“ zuzieht, „sein modernistisches Innere nicht verbergen“. Seine Verteidigung sind „hysterische Seufzer und Beileidigungen“. Der „Beobachter“ ist das Blatt „für Wahrheit“ und andere ausgedehnte Phrasen, der „damals römisch-katholische Beobachter“, „diese Seele von einem Beobachter“, und schließlich wird der „Beobachter“ angedeutet: „Du wahrhaft katholische Seele, erklär mal“ zc. Der Abg. Porich wird des „plattten politischen Modernismus beschuldigt; trotzdem wärme der „Beobachter“ „denjenigen aufgewärmten Kohl“ noch einmal auf. Von dem in der Enghelika „Waljendi“ mit vollem Recht verworfenen und vom „Bad. Beobachter“ niemals vertretenen Satz der Katholik habe ohne jede Rücksicht auf die kirchliche Autorität und ihre Wünsche, Mäße, Vorschriften und Rahmungen das Staatswohl zu erzre-

hen, heißt es: „Ist das nicht ein echter Wader?“ Im Zusammenhang damit ist von „jornigem Gebrüll“ die Rede, was sich ebenfalls auf Zentrum, Wader und „Bad. Beobachter“ bezieht. An anderer Stelle heißt es: „Zum Kukuk! drucke doch der „Beobachter“ das und das ab, oder: „Donnerwetter! statt zu jammern vor Angst oder zu fleischen vor Grimm über die Querköpfe, mögen doch die sieben mal Weifen erklären“ zc.

Der „Beobachter“ antwortet darauf pikiert: „Wir waren bisher der Meinung, daß die Stelle, welche in der Erzdiözese Freiburg über die Reinheit des katholischen Glaubens besonders bei der Geistesfreiheit zu wachen hat, der Erzbischof bezug. Das Erzbischofliche Ordinariat in Freiburg sei. Es ist uns auch nichts davon bekannt geworden, daß inzwischen diese Befugnis der Aufsicht über den badischen Klerus dem Grafen Oppersdorff für das ganze Reich und seiner Landvollständigen Anhängern für Baden übertragen worden sei. Auch ist uns kein Erlass bekannt, welcher die Oppersdorffsche Zeitschrift irgendwie zum kirchlichen Amtsvollständigen oder zur Veröffentlichung von kirchlichen Bescheiden über die Glaubensreinheit des badischen Klerus bestimmt hätte. Wir müssen schon aus diesem Grunde jede Zensur jenes Berlin-Breslauer Organs über unsere Kirchsicherheit als ledige Annahme zurückweisen. Dagegen verweisen wir den Anonymus, wenn er selbst quoad fidem et mores ein gutes Gewissen hat, auf den einzig wirklich integral-katholischen Weg, den der kirchlich gesinnte Katholik, der Gefahren für den Glauben zu bemerken glaubt, allermähligst gehen muß, hin, nämlich auf den Weg zur kirchlichen Behörde in Freiburg. Dort möge er uns verklären! Tut er das nicht und fährt er trotzdem weiter, sich ein anonymes Richteramt in einem Quertreiberorgan anzumachen, dann sieht daraus alle Welt, daß er selbst ein schlaues Gewissen und kein reines Bruststück hat.“

Man sieht, wenn die Frommen aneinander geraten, sind noch immer die Fezzen geflogen.

Der „Reber“ Wader wehrt sich. Gegen die berlinerisch-katholischen (integralen) Petrusblätter in Trier, die ihre Angriffe auf den kirchlichen Rat Wader fortsetzen, erhebt der Betroffene in der gestrigen Nummer des königlich-katholischen „Badischen Beobachters“ den Vorwurf der Verleumdung, der unerträglichen Annäherung und der Feigheit. Für solche Gegner habe er (Wader) weder Achtung noch Aufmerksamkeit. Uebrigens dränge die Art, wie das Trierer Organ vorgehe, die Frage auf, ob sich denn in Trier eine Gesellschaft mit geheimer Zusammenkunft niedergelassen habe, um Verdächtigungsstoff auszuschnüffeln und zum Zwecke der Anschmäzung zu verarbeiten. Würkte die Frage bejaht werden, dann wäre die weitere Frage zu stellen, ob der Klerus in Deutschland dieses Verfahren ertragen und der Episkopat in Deutschland es dulden könnte.

Dessen ungeachtet will sich aber der „Bad. Beobachter“ über die Gegenfälle in der sozialdemokratischen Partei aufhalten.

„Wahrheit, Freiheit und Recht.“ Der Beschluß des Gemeinderats von Singen a. S. zur Befanngabe der gemeinlichen Anzeigen auch die Freiburger „Volkswacht“ zu benützen, hat in der Zentrumspresse schwere Verberanfälle zur Folge gehabt. Unter dem Eindruck dieser Ueberreizung schreibt der „Bad. Beobachter“:

„Zum städtischen Amtsvollständigen von Singen wurde, wie uns mitgeteilt wird, die sozialistische Freiburger Volkswacht erhoben. Benützens haben die dem Großblod angehörenden Stadtväter von Singen a. S. unter der Leitung der Herrn Bürgermeisters Thorbede beschlossen, der „Volkswacht“ die städtischen Bekanntmachungen zu überweisen. Das hat praktische und ideale Gründe. Letztere liegen im Großblod, der in diesem Fall nach dem Grundfach handelt: „s ist Wurst, wer den Pöbel frißt“. Die praktischen liegen vor allem darin, daß nun die Singener Sozialdemokraten das liberale Volksblatt, die Singener Nachrichten, nicht mehr zu halten brauchen.“

Das ist die Auffassung von „Freiheit und Recht“ im Zentrumsfünfen. In der aufblühenden Industrieblat Singen a. S. steht die „Volkswacht“ bezüglich der Abonnentenzahl heute an erster Stelle und ist es selbstverständlich zu betrachten, daß die Stadt diese Zeitung für die städtischen Publikationen benützen muß, um dieselben allen Bevölkerungsschichten zur Kenntnis zu bringen. So weit reichen allerdings schwarze „Rechts“begriffe nicht, um sich auf diesen selbstverständlichen Standpunkt zu stellen.

Und die religiöse Ueberzeugung? In der Montagssitzung des Landtags besprach Herr Minister Böhm den Fall eines freireligiösen Schülers, der nicht in das Lehrseminar aufgenommen wurde. Er sagte (nach dem Landtagsbericht):

„Das Recht der Religionserleuchtung steht außer den christlichen Kirchen nur der israelitischen zu. Wir haben sonach eine christliche Schule. Wir können daher nur Lehrer brauchen, die Religionsunterricht erteilen. Hierauf werden wir bei dem volksparteilichen Antrag zurückkommen. Der Staat kann seiner Verpflichtung gegenüber den Kirchen nicht mehr nachkommen, wenn ein größeres Quantum freireligiöser Lehrer vorhanden ist. Wenn Lehrer im Laufe ihrer weiteren Entwicklung aus inneren Erwägungen von ihrer Religion wegstamen, so wurden sie dispensiert. Aber von vornherein können wir freireligiöse Schüler nicht in den Lehrseminaren aufnehmen. Dies wurde dem betreffenden Schüler mitgeteilt. Er wurde dann evangelisch und alsdann aufgenommen. (Bezeugung.)“

Er wurde evangelisch! Herr Böhm sagt das in einer Form, als ob es sich um den Wechsel eines Hemdes handelte. Glaubt man denn wirklich, daß bei dem Schüler auch nur eine Spur von evangelischer Ueberzeugung zu finden ist? Die erbärmliche Geuchelei, die widerlichste Gefinnungslumperei wird durch das Verlangen, „eine anerkannte religiöse Gefinnung zu haben“, großgezogen. Und das alles geschieht unter der Aera eines jungliberalen Ministers? Wohin sind wir geraten?

Antrag Gerstengoll betreffend. Die konservative Fraktion des bad. Landtags brachte folgenden Antrag ein: Hohe Zweite Kammer wolle die Gerst. Regierung ersuchen, im Bundesrat dahin zu wirken, daß

1. vor Abschluß neuer Handelsverträge der Zolltarif in der Weise verbessert werde, daß die Unterscheidung zwischen

- „Malgerste“ und „andere Gerste“ bei Erhebung des Eingangszolls in Wegfall kommt, und alle Gerste mit 4 Mk. für den Doppelzentner zu verzollen ist,
2. künftig durch die Gerstengollordnung die Bedingungen festgesetzt werden, unter denen zeitweilig ein Teil des Eingangszolls für ausländische Gerste bei nachgewiesener Verwendung als Futtergerste rückvergütet werden kann,
3. bei Abschluß neuer Handelsverträge, wenn es nicht möglich sein sollte, einen gleichen Zolltarif für alle Gerste zu erzielen, für die Unterscheidung der verschiedenen Gerstengattungen nach vorheriger Einberufung von Sachverständigen eine andere Grundlage, als die im Handelsverträge mit Ausland vereinbarte, genommen wird, wenn möglich unter Beschränkung des niedrigeren Zolltarifs auf die nachgewiesenermaßen zu Futterzwecken verwendete Gerste,
4. für die Dauer der bestehenden Handelsverträge alle aus dem Ausland eingehende Gerste, auf die der Zolltarif von 1,30 Mk. für einen Doppelzentner zur Anwendung kommt, kennlich gemacht wird, wenn nicht der Nachweis erbracht wird, daß sie zur Bereitung von Malz ungeeignet ist, oder daß sie hierzu nicht verwendet wird,
5. der Zolltarif für Malz gegenüber dem Zolltarif für Gerste auf eine dem tatsächlichen Ausbeuteverhältnisse mehr entsprechende Höhe gebracht wird.

Wohlfahrt der Landstände. Wie bekannt, beabsichtigt die Landstände noch im Laufe dieser Tagung einen Ausflug nach dem Bodensee zu unternehmen. Die Veranlassung dazu gibt die auf Einladung des Ministeriums des Innern in Aussicht genommene Besichtigung der neuen Konstanzger Heil- und Pflanzanstalt. Besichtigungsstädte, u. a. Konstanz und Meersburg, haben die Zweite Kammer aufgeführt, im Anschluß an die Besichtigung der Heilanstalt ihre Gäste zu sein. — Rummer hat der Kur- und Verkehrsverein Konstanz an die Mitglieder der Zweiten Kammer Exemplare des „Konstanzer Führers“ sowie der Schrift „Konstanz am Bodensee, eine deutsche Grenzstadt“ verteilen lassen zur Benutzung im Falle der Verwirklichung des erwarteten Besuchs am Bodensee. Wie man hört, ist beabsichtigt, die „Wohlfahrt“ in der zweiten Hälfte des Monats Mai auszuführen.

Landesversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei. Die Fortschrittliche Volkspartei veröffentlicht die Tagesordnung ihrer ordentlichen Landesversammlung am Samstag, 16. und Sonntag, 17. Mai, in Karlsruhe. In der am Samstag, 16. Mai, nachmittags, stattfindenden Versammlung, welche nur den in der Partei organisierten Parteigenossen zugänglich ist, wird Parteisekretär Dr. Garzendorf den Geschäftsbericht erstatten. Nach dem Massenbericht folgt die Renovation des geschäftsführenden Ausschusses und des Landesauschusses und hernach die Beratung über den Entwurf eines Kommunalprogramms. Für den Abend desselben Tages ist eine öffentliche Versammlung in den Friedrichshof einberufen, in welcher sprechen Reichstagsabg. Dr. v. Schulz-Gövernitz aus Freiburg und Abg. Benedek aus Konstanz. Die am Sonntag, 17. Mai, vormittags 10 Uhr, stattfindende Versammlung ist jedermann zugänglich. Malemeister Karl Rastow aus Karlsruhe wird über die Fortschrittliche Volkspartei und den gewerblichen Mittelstand, Abg. Muser-Offenburg über die politische Lage in Baden und die Tätigkeit des Landtags und Reichstagsabg. Dr. v. Haas aus Karlsruhe über Reichspolitik und Reichstag sprechen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 30. April. Am Bundesratsbüch die Staatssekretäre Dr. Delbrück und Kräfte. Vizepräsident Dr. Baaske eröffnet die Sitzung 2.20 Uhr. Eingegangen ist das Kennwettgesetz. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation der Sozialdemokraten wegen Verlegung eines Verfassungsgesetzentwurfs für die mecklenburgischen Großherzogtümer. Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit. Zur Begründung der Interpellation nimmt das Wort der

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.): Das mecklenburgische Staatsrecht kennt nur politische Rechte für die Vertreter von Grund und Boden, nicht aber für die Staatsbürger. Deshalb ist es Pflicht der Reichsregierung, hier konstitutionelle Maßnahmen zu treffen. Auch die erneuerten Verfassungsverhandlungen von 1908 bis 1913 sind wiederum ergebnislos verlaufen. Die Reichsvertretung muß sich hinter die Großherzöge stellen, um mit ihnen den Ständen die Verfassung auszuverhandeln. Die Großherzöge erklären sich zu ihrem Bedauern außerstande, die Verhältnisse zu ändern. Die gegenwärtigen Zustände sind bedenklich, auch hinsichtlich der finanziellen Verhältnisse des Landes. Darüber sollte man nicht im Zweifel sein, daß die Verfassungsverhandlungen zwischen den Ständen und den Großherzögen in absehbarer Zeit vollständig ausbleiben werden. Die Eisenbahnverhältnisse in Mecklenburg sind die rückständigsten in ganz Deutschland, ebenso die Schulverhältnisse und die Arbeiterlöhne. Daß die sozialen Einrichtungen ebenfalls rückständig sind, ist selbstverständlich. (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.) Die Ritterchaft hat in dem fünfjährigen Verfassungskampfe gezeigt, daß sie die Herren des Landes sind und sich auch vom Reich nichts drein lassen.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Standpunkt der verbündeten Regierungen zu der mecklenburgischen Verfassungsfrage ist in diesem Hause wiederholt dargelegt worden. Ich selbst habe anfangs 1910 und Ende 1912 die Ehre gehabt, hierüber Ausführungen zu machen. Der Standpunkt der verbündeten Regierung hat sich seither nicht geändert. Der Reichskanzler ist daher in voller Uebereinstimmung mit den anderen Landesregierungen nicht in der Lage, den in der Interpellation gegebenen Anregungen zu entsprechen. Mecklenburgischer Bundesratsvollständiger Febr. von Brandenstein: Ich kann mich den Erklärungen des Staatssekretärs nur anschließen. Die großmecklenburgischen Regierungen stehen wie früher so auch jetzt auf dem Standpunkt, daß ein Eingreifen des Reiches in die verfassungsmäßigen Verhältnisse eines Einzelstaates nicht erwünscht ist und sie keineswegs wünschen, daß es in Mecklenburg geschieht. Die Steuerreform in Mecklenburg hat eine Regelung erfahren, die der preussischen Einkommens- und Erbschaftsteuer gleich ist. Die Eisenbahnverhältnisse sind völlig auf der Höhe. Fortbildungsschulen gibt es in Preußen auf den Rittergütern auch nicht.

Auf Antrag des Abg. Haase (Soz.) folgt eine

Abg. S. erforderlich, gehört aber Initiative. Abg. M. die Aufzählung. Abg. N. nicht geeignet. Abg. O. Die demokratischen. Abg. P. wenn sie r. werden. Abg. Q. Staatsfall der. Abg. R. während der. Abg. S. während der. Abg. T. während der. Abg. U. während der. Abg. V. während der. Abg. W. während der. Abg. X. während der. Abg. Y. während der. Abg. Z. während der.

Besprechung.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Wir halten es für dringend erforderlich, daß Medlenburg eine Verfassung bekommt. Es gehört aber nicht zu den Befugnissen des Reichstags, hier die Initiative zu ergreifen.

Abg. Roland-Hölte (natl.): Meine Parteifreunde wünschen, die Aufmerksamkeit des Reichstags auf den medlenburgischen Notstand zu lenken. Der Inhalt der Interpellation ist aber nicht geeignet, um die Wünsche Medlenburgs zu einer angemessenen Verfassung zu gelangen, zu erfüllen. Wir behalten uns vor, demnächst einen diese Sache betreffenden Antrag einzubringen.

Abg. Wendhoff (f. Sp.): Die Mitwirkung des Reichstags kann bei der Erledigung der medlenburgischen Verfassungsfrage sehr wohl in Betracht gezogen werden, wenn auch leider die Fassung der Interpellation für den erhofften Zweck nur wenig geeignet erscheint. Medlenburg gilt sprichwörtlich im Deutschen Reich als höchst rückständig.

Abg. v. Gräfe-Gülden (konf.): Wir stimmen der Ansicht zu, daß ein Eingreifen des Reichs den föderativen Grundgedanken des Reichs nicht entsprechen würde. Persönlich habe ich nie daraus ein Hehl gemacht, daß ich bereit sein würde, für die Reformierung der Verfassungszustände in konstitutionellem Sinne einzutreten. Der einzige Grund für die Einbringung der Interpellation liegt in dem Bruderkampf zwischen der demokratischen und der sozialdemokratischen Partei in Medlenburg. Die demokratischen und sozialdemokratischen Wähler haben recht, wenn sie meinen, der Reichstag dürfe nicht zur Schwabhubde werden.

Abg. Sivolitsch (f. Sp.): Wir müssen praktisch Partei treiben und müssen dazu eine andere Form finden als diese Interpellation. (Sehr richtig.) Die Erklärung des Abg. Dr. Spahn bejaure ich. Die Kompetenz des Reichstags kann nicht bestritten werden. Wir dürfen nicht rufen, um in unserer medlenburgischen Heimat verfassungsmäßige Zustände zu schaffen.

Abg. Herzfeld (Soz.): Die Großherzöge sind machtlos. Darum ist es eine Erniedrigung, wenn wir uns einmischen. Der Reichstag ist kein Machtfaktor mehr. Er ist tatsächlich nichts als eine Schwabhubde. (Räuf. Dr. Kämpf: Sie dürfen nicht sagen: „Der Reichstag ist eine Schwabhubde!“ Zuruf: „Schwabhubde!“ Präsident: Ich rufe Sie zur Ordnung.)

Damit schließt die Debatte. — Zwei Rechnungsachen werden debattiert der Rechnungskommission überwiesen. Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend

Postdampfschiffahrtsverbindung mit überseeischen Ländern.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Vorlage will den Reichskanzler ermächtigen, in erster Linie dem Norddeutschen Lloyd Beihilfen für österrische Linien bis zu 1 300 000 Mk. aus Reichsmitteln zu bewilligen. Die Hamburg-Amerika-Linie, und auch der Norddeutsche Lloyd, erklären sich bereit, auch ohne Subvention regelmäßige Fahrten nach der Südsee zu unternehmen, da der Verkehr außerordentlich gewachsen sei. Aber die Seidenlinie von Hongkong nach den Karolinen und Neu-Guinea, die vom Norddeutschen Lloyd bedient wird, ist subventionbedürftig. Wir haben uns entschlossen, diese Subvention zu gewähren in der Voraussetzung, daß der Verkehr ständig gehoben wird, wie es den wirtschaftlichen Interessen und dem Ansehen des Reichs entspricht.

Auf Antrag des Abg. Spahn (Zentr.) wird die Vorlage an die Budgetkommission verwiesen. Es folgt die erste Beratung des internationalen Vertrages zum

Schutz des menschlichen Lebens auf See.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der erschütternde Unglücksfall der Titanic hat die erfreuliche Folge gehabt, daß die festschwebenden Nationen in eine Prüfung der Hilfsmittel eingetreten sind. Die Vorschriften des Vertrags beziehen sich auf die Konstruktion der Schiffe, auf die Sicherung der Seefahrt und nicht zum mindesten auf die Rettungsmittel. Für alle an Bord befindlichen Personen muß in den Rettungsbooten oder auf den Rettungsflößen genügend Platz vorhanden sein. Jedes Schiff muß durch amtliche Besichtigung geprüft werden. Ich hoffe, daß die Arbeiten der Londoner Konferenz für die Zukunft derartige Katastrophen nach menschlichem Ermessen unmöglich machen.

Abg. Schumann (Soz.): Es ist charakteristisch, daß erst eine so ungeheure Katastrophe eintreten mußte, ehe sich die Reedereipalastanten an ihre Pflicht gegenüber ihren Mitmenschen erinnerten. Würde es sich um Zwischenlandspassagiere gehandelt haben, dann würden wir uns nicht mit dieser Vorlage zu befassen haben. (Entrüstungsrufe.) Die Vertreter der Reedereien wurden wiederholt verhöört, die Arbeiter aber nur förmlich vernommen.

Darauf verlegt sich das Haus.

Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung morgen nachmittags abzuhalten mit der Tagesordnung: Kurze Anfragen, Fortsetzung der heutigen Tagesordnung, mit Ausnahme des Etats des Auswärtigen Amtes.

Zur Geschäftsordnung beantragt der Abg. Scheidemann (Soz.), morgen mit Rücksicht auf die Maifeier die Sitzung ausfallen zu lassen. (Unruhe und Weiteckel.)

Abg. Graf Westarp (konf.): Ich muß dieser Forderung widersprechen, die Maifeier ist eine sozialdemokratische Demonstration. Die Sozialdemokraten mögen nur der Sitzung fern bleiben, dadurch fördern sie unsere Arbeit.

Abg. Wassermann (natl.): Es ist nicht angängig, aus Anlaß eines Parteifestes eine Sitzung ausfallen zu lassen. Abg. Haale (Soz.): Die Einladung zur Maifeier ist an das ganze deutsche Volk ergangen. (Große Heiterkeit.) Auch die konservativen Herren, wenn sie bekehrungsfähig wären, noch manches lernen.

Der Präsident rügt diesen Ausdruck. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Sodann beantragt Abg. Scheidemann (Soz.), die morgige Sitzung um 1 Uhr beginnen zu lassen.

Abg. Graf Westarp widerspricht dem mit Rücksicht auf die Verhandlungen der Budgetkommission.

Die Abstimmung ergibt, daß die morgige Sitzung um 1 Uhr beginnt.

Berlin, 1. Mai.

Präsident Dr. Kämpf eröffnet um 1 Uhr die Sitzung. Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Kurze Anfragen.

Abg. Dittmann (Soz.) fragt: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, 1. daß das Infanterie-Regiment Nr. 148 in Straßburg

während der letzten Wintermonate bei strenger Kälte und tagelanger anhaltender Regenwetter zu Feldübungen im Gelände bis zu ununterbrochen fünfjähriger Dauer kommandiert worden ist, und daß infolge dieser Strapazen sehr viele Erkrankungen vorgekommen sind, so daß die Lazarette zeitweilig überfüllt waren? 2. daß zwei Soldaten der 2. Kompanie dieses Regiments durch die unausgesetzte Überanstrengung im Dienst in ihrer Gesundheit bedauerlich geschädigt wurden, daß sie nach kurzer Erkrankung starben? 3. daß zwei andere Soldaten derselben Kompanie aus Verzeiwung ihrem Leben durch Erhängen bzw. Erhängen ein Ende machten? Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um derartigen Vorkommnissen vorzubeugen?

Bundesratsbevollmächtigter Generalmajor Wilt v. Hohenborn: 1. Es ist nicht richtig, daß infolge von Strapazen bei Übungen des Infanterie-Regiments Nr. 148 sehr viele Erkrankungen vorgekommen sind, und daß die Lazarette infolge davon überfüllt waren. 2. Es ist nicht zutreffend, daß Soldaten der 2. Kompanie infolge davon starben. Vielmehr handelt es sich bei den beiden Todesfällen dieser Kompanie um eine Genickstarre und um einen Unglücksfall. 3. Es ist endlich nicht richtig, daß Soldaten derselben Kompanie ihrem Leben ein Ende machten. Vielmehr ist nur ein Selbstmordversuch vorgekommen, dessen Ursache in keinem Zusammenhang mit den in den Anfragen genannten Beweggründen steht. Im übrigen wird die Verantwortung der Anfrage abgelehnt, da weder der Herr Reichskanzler noch der Reichstag in Angelegenheiten der Ausbildung der Truppen zuständig sind.

Ergänzend fragt

Abg. Dittmann (Soz.): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß bei den Feldübungen im Infanterie-Regiment Nr. 148 in den kalten Wintermonaten die Mannschaften nicht aus den Kloben herauskommen, und daß weder für Quartiere noch für Verpflegung vorgesorgt war? Ist dem Herrn Reichskanzler fernerhin bekannt, daß die Soldaten zwei Tage hintereinander an den Übungen teilnehmen mußten, und daß in dieser Zeit bei 12 Grad Kälte sie fast zwei vier Stunden Wachdienst leisten mußten. (Hört, hört, bei den Soz.), jedoch die Mannschaften 40 Stunden lang keinen Schlaf gefunden haben?

Generalmajor Wilt v. Hohenborn: Ich habe meiner Erklärung nichts hinzuzufügen.

Ergänzend fragt Abg. Dittmann (Soz.): Ist der Herr Reichskanzler bereit, wenn das ganze vorgelegte Material ergibt, daß die gegebene Auskunft nicht zutrifft, weitere Aufklärungen zu geben?

Präsident Kämpf: Das ist keine Ergänzung der Anfrage. (Widerspruch bei den Soz.)

Auf die Frage des Abg. Wirtzenmayer (Zentr.) nach dem Gehaltsrat Dr. Mallebreit in Karlsruhe hergestellten Präparat „Mallebreit“ als Heilmittel gegen Infektionskrankheiten, namentlich auch gegen Maul- und Klauenseuche, sowie gegen die Tuberkulose erwidert

Ministerialdirektor v. Jonquieres: Derartige Mittel häufen sich immer mehr. Die Beantwortung einer solchen Anfrage wäre entweder eine einseitige Reklame oder eine völlige Diskreditierung. (Sehr richtig.) Eine Beantwortung derartiger Fragen muß grundsätzlich abgelehnt werden, wenn die Rücksicht auf das öffentliche Wohl dies nicht ausnahmsweise angezogen erscheinen läßt. (Beifall.)

Es folgt die Fortsetzung der ersten Beratung des Titanic-Vertrages.

Direktor v. Jonquieres: Es ist vollständig hinfällig, wenn der sozialdemokratische Redner behauptet, daß die energischen Maßnahmen nur getroffen worden seien, weil es sich in der Hauptsache um Passagiere 1. Klasse gehandelt habe. Wir wollen auch die drastische Telegraphie vorschreiben, haben uns aber schließlich entschlossen, dem internationalen Kongress nicht vorzugreifen. Die seemannischen Arbeiter sind keineswegs nur überflüssig gehört worden. Wozu aber die Organisation herangezogen werden sollte, ist uns nicht ersichtlich. Die Berufsgenossenschaften genügen vollständig, um die ihr obliegenden Funktionen zur Sicherheit von Leben und Eigentum zu erfüllen. (Bravo.)

Abg. Dr. Pfleger (Zentr.): Die drastische Telegraphie muß immer weiter eingeführt werden. Ich hoffe, daß es gelingt, weitere internationale Verträge zu schließen und damit die Sicherheit zur See weiter auszuweiten.

Abg. Wassermann (natl.): Die Bemerkungen des sozialdemokratischen Redners über das Unternehmertum waren völlig ungerichtet. Unsere Unternehmer haben stets die Last auf sich genommen und darüber hinaus noch viele Unternehmungsorganisationen durch ihre Angestellten geschaffen. Wir wünschen kein neues Reichsamt für das Seewesen.

Abg. Graf Westarp (konf.): Wir sind bereit, den Vertrag anzunehmen. Die sozialdemokratischen Vorwürfe gehören zu deren ständigen Agitationsmitteln. Gerade die Seebereitschaft hat bisher tadellos gearbeitet.

Abg. Hecker (fortsch. Volksp.): Wir begrüßen den Vertrag als Fortschritt und erkennen speziell an, daß dieses Kommen auf die Initiative Deutschlands zurückzuführen ist.

Abg. Dr. Wendt (Reichsp.): Der Abg. Schumann enthält etwas unvorsichtig die sozialdemokratische Taktik. Auf keinem andern Gebiete würde die Bureaukratie so unheilvoll wirken wie in der Seeschifffahrt, deren Fürsorge wir dem bairischen Geiste überlassen können.

Abg. Behrens (Wirtsch. Ver.): Wir müssen prüfen, ob wir nicht noch eine weitere wesentliche Kontrolle einführen müssen.

Abg. Stolten (Soz.): Die Regierung tut bei den großen Bergkatastrophen nicht das, was getan werden muß; deshalb sind die Ausführungen meines Parteifreundes Schumann nicht ohne weiteres zu verdammen. Wenn eine Reederei gegen den Vertrag verstößt, so bietet der Vertrag keine Handhabe, sie zu zwingen.

Abg. Dove (fortsch. Vpl.): Der Abg. Stolten hat bezüglich der Seebereitschaft einen entgegen gesetzten Standpunkt vertreten wie der Abg. Schumann (Soz.). Meine gestrigen Ausführungen muß ich voll und ganz aufrecht erhalten. Wenn es sich nur um Zwischenlandspassagiere gehandelt hätte, wären die Beratungen und Verhandlungen langsamer vor sich gegangen. Hinfällig der Ausrüstung mit Rettungsbooten hat die Konferenz nicht Genügendes geleistet.

Nach weiteren unerheblichen Erörterungen wird die Vorlage in erster und sodann auch in zweiter und dritter Lesung einstimmig endgültig angenommen.

Darauf wird der Gesetzentwurf betreffend statistische Aufnahme der Vorräte von Getreide und Erzeugnissen der Getreidemüllerei in erster Lesung debattiert und sodort auch in zweiter und dritter Lesung endgültig angenommen.

Auch der Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes betr. die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen wird nach kurzer Begründung durch den Direktor des Reichsjustizamtes Delbrück in allen drei Lesungen endgültig verabschiedet.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung morgen vormittag 10 Uhr; Tagesordnung: Rechnungssachen, Wahlprüfungen, Petitionen und Kennzeichengesetz. — Schluß 4 Uhr.

Aus der Partei.

* Bezirksfrühmasset. Morgen lautet für alle Parteibewohner Arbeiter und Arbeiterinnen des Bezirks Bruchsal die Parole: „Auf nach 11 Uhr!“ zum Bezirksfrühmasset. Die Feier findet bei jeder Witterung statt.

* Weinarten, 30. April. Am Samstag abend halb 9 Uhr feiert die hiesige Arbeiterpartei ihre Maifeier im Gasthaus zum „Lamm“, wobei der Arbeitergesangsverein „Vorwärts“ mitwirkte. Die Festrede hält Arbeitersekretär August Gipp-Karlsruhe. Der Eintritt ist frei. Freunde und Anhänger unserer Sache nebst ihren Angehörigen sind freundlichst eingeladen.

* Anielingen, 2. Mai. Die Maifeier der hiesigen Partei findet morgen, Sonntag abend, in der „Linde“ statt. Es wird

erwartet, daß sich die Parteigenossen mit ihren Familien zahlreich beteiligen.

* Anielingen, 29. April. Unsere diesjährige Maifeier findet am Sonntag 3. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus zum „Lamm“ statt. Gen. A. Philipp-Karlsruhe hält die Festrede. Genossen, Arbeiter, erscheint in Massen!

* Karlsruhe, 30. April. Am Sonntag 3. Mai, nachmittags 3 Uhr, hält die hiesige Soziald. Partei ihre diesjährige Frühjahrsfeier im hiesigen Biergarten ab, bestehend in Musik, Gesang, turnerischen Aufführungen. Die Festrede hat Gen. F. r. n. s. Karlsruhe übernommen. Zum erstenmal haben auch einige bürgerliche Vereine ihre Mitwirkung zugesagt. Die Parteigenossen, sowie Freunde unserer Sache sind freundlichst eingeladen. Eintritt ist frei. Bei ungünstiger Witterung findet das Fest im Saale zum „Mahlberg“ statt.

* Würtz, 29. April. Am Sonntag, 3. Mai, nachmittags 2 Uhr, bezieht die hiesige Arbeiterpartei unter Mitwirkung des Gesangs- und Turnvereins eine allgemeine Frühjahrsfeier, in der Genossin Fischer-Karlsruhe einen Vortrag halten wird. Programme à 20 Pf. sind im Vorverkauf erhältlich bei den Vereinsvorständen und beim Kaffeebar. Wir erlauben die Arbeiterpartei um zahlreiche Beteiligung. Die Feier findet im Gasthaus zum „Bahnhof“ statt.

* Oberkirch, 1. Mai. Auf die heute abend stattfindende Maifeier möchten wir nochmals aufmerksam machen und bitten um rege Beteiligung.

* Zell a. S., 26. April. Mit dem heute vormittag stattgefundenen 8. Vortrag des Gen. F. r. n. s. Karlsruhe erreichte der Vortragssyklus der Genossen konstatieren, daß die Vorträge von Anfang bis zu Ende die Zuhörer fesselte. Gen. Trinks behandelte die Themas in sehr geschickter und belehrender Weise. Wir können daher solche Vorträge auf das Beste empfehlen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch diese Vorträge die Mitglieder zur freudigen Arbeit aufgemuntert wurden. Der Vortragende ermahnte die Teilnehmer am Schluß zum intensiven Lesen der sozialistischen Literatur und gab seiner Freude Ausdruck, daß die Teilnehmer stets zur Stelle waren. Der Vorsitzende Gen. G. a. r. t. e. r. dankte dem Genossen Trinks für seine Mühe und forderte die Mitglieder auf, das Gesehrte sich zu Herzen zu nehmen und seine rege Teilnahme zu bezeugen. Die Kursteilnehmer bedachten den Gen. Trinks für seine Mühe mit einem Geschenk aus unserer Porzellanindustrie (zwei prächtige Wandteller).

Maifeiern.

* Göttingen, 1. Mai. Die heutige hier stattgefundenen Maifeier war ein Fest der Freude für die hiesige Arbeiterpartei. Abends 8 Uhr begann die Festfeier in der Halle zum „Ochsen“. Über 450 Personen füllten den geräumigen Saal bis auf den letzten Platz. Das Fest wurde durch Musik, Gesang, turnerische Aufführungen und Festrede, gehalten vom Landtagsabgeordneten W. ö. i. g. e. r. aus Mannheim, verschönert. Redner hielt ein kerniges Referat über den Maiegeboten. Der nicht endemollende Beifall zeigte, daß er den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hat. Das Fest nahm einen schönen Verlauf. Alle Mitwirkenden haben ihr Bestes beigetragen, wofür wir ihnen herzlichsten Dank sagen. Um 11 Uhr konnte das Fest geschlossen werden.

* Kleinsteinsiedl, 1. Mai. Die Maifeierversammlung wird einen überaus starken Besuch auf. Die vorzeitliche Festrede der Genossin Fischer-Karlsruhe fand begeisterten Beifall. Auch die Mitwirkung des Gesangsvereins „Eintracht“ fand herzliche Aufnahme.

* Söflingen, 1. Mai. Die hiesige Maieversammlung war nicht übermäßig besucht. Anstelle des verhinderten Genossen Süßkind hielt unser Abg. Gen. K. u. r. z. eine kernige Ansprache, welche eine gute Stimmung auslöste.

* Gengenbach, 2. Mai. In einer gutbesuchten Versammlung feierten gestern abend in der „Badenia“ die hiesigen gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter den 1. Mai. Gen. Fischer aus Karlsruhe hielt eine begeisterte Festrede über die Bedeutung des 1. Mai. Der Arbeitergesangsverein „Freie Sängler“ verschönerte durch Lieberdorträge die Feier.

Jugendbewegung.

* Musiketiere als Sammler für die Jungdeutschlandbewegung.

Der deforcierte General und der strebsame Leutnant sind längst bekannte Erscheinungen in der „nationalen“ Jugendbewegung. Auch darüber, daß die Kofferchen als Wanderherbergen benutzt werden können, und bestimmte Nummern der Militärtiefel zu herabgesetzten Preisen abgegeben werden, um die Jugend einzufangen, kündigt sich niemand mehr. Als Neuheit ist jetzt zu melden, daß brave Musiketiere dieser Tage im höheren Interesse der „wäterländischen“ Jugendbucht als Kollektanten sich betätigen mühten. In Göttingen wurden Marschjäger damit beschäftigt, den Bürgerleuten einiges Kleingeld für die Jungdeutschlandbewegung abzumücken. Sehr ertragreich ist die Sammlung nicht gewesen. Die Leute im Oberwesertale waren wohl der Meinung, daß, wenn gewissen Nachern der Jugenddrill nur in Kostümförm gefalle, diese dann auch für die Bezahlung sorgen müßten. Gegenüber solcher Widerpenstigkeit würde es sich vielleicht empfehlen, daß die Musiketiere künftig mit aufgepflegtem Seitengewehr ausgeschwärmten, um Dammton für die „nationale“ Jugendbewegung zu holen.

Kommunalpolitik.

* Die volksfreundlichen Stadtväter in Hall.

Die Angst vor der Sozialdemokratie treibt oft sonderbare Blüten. So hatten die Stadtverordneten in Halle dem Richter des Stadttheaters in voriger Woche die Berechtigung zugesprochen, daß er für Vereine und Gesellschaften Privatvorstellungen ohne besondere Genehmigung des Magistrats veranstalten kann. Der Magistrat verweigerte dem Wunsch die Zustimmung unter folgender Begründung:

„Der Antrag schafft die Möglichkeit, daß sich Theatervereine gründen, welche durch große Zahl von Mitgliedern und vielleicht auch durch erhebliche Geldmittel in die Lage kommen, den Theaterdirektor zu häufigen Nachmittagsvorstellungen zu nötigen und schließlich aus ihnen eine Regel zu machen. . . Ganz nahe liegt diese Möglichkeit gegenüber sozialdemokratischen Vereinen und Verbänden, die ohnedies an Mitgliederzahl und Geldmitteln stark sind, und in deren Interesse ausschließlich der Antrag gestellt worden ist. . . Vereinigungen dieser Art würde es dann ein leichtes sein, die Zahl der Nachmittagsvorstellungen, die dafür zu leistenden Kaufsalznummern und die auszuführenden Stücke vorzuschreiben. Den Theaterdirektor von sich abhängig zu machen und das Stadttheater in ihre Gewalt zu bekommen.“

Diese Begründung hatte die gewünschte Wirkung. Die bürgerlichen Stadtväter haben nahezu einstimmig ihren Beschlus wieder auf.

Gehaltsregelung der Heidelberger Bürgermeister. Der Bürgerausschuß von Heidelberg wird sich in seiner nächsten Sitzung u. a. auch mit der Gehaltsregelung der Bezüge für den 1. und 2. Bürgermeister zu beschäftigen haben. Der Stadtrat schlägt dem Bürgerausschuß vor, das Gehalt des ersten Bürgermeisters Wieland auf 9000 M. festzusetzen und dem Bürgermeister in drei und sechs Jahren eine weitere Zulage von jeweils 500 M. in Aussicht zu stellen. Für den zweiten Bürgermeister Dr. Drach soll ein Anfangsgehalt von 6000 M. bewilligt werden, das bis auf 8000 M. ansteigen soll.

Städteitag. Der Verband mittlerer Städte Badens hatte zuerst für den Städteitag 1914 die Stadt Kehl in Aussicht genommen. Nachdem nun aber in Kehl in der Person des Stadtobershauptes ein Wechsel eingetreten ist, ist es für den eben erst in Dienst getretenen Bürgermeister nicht erwünscht, gleich mit dem Städteitag belastet zu werden. Der geschäftsführende Ausschuß des Verbandes der mittleren Städte Badens hat deshalb beschlossen, den Städteitag auf Montag, 13. Juli, nach Weinheim anguberaumen.

Förderung des Kleinwohnungsbaues in Mannheim. Die Kommission für Wohnungs- und Bodenkreditfürsorge in Mannheim hat in einer Reihe von Sitzungen sich mit ihr gestellten Aufgaben beschäftigt und bestimmte Anträge gefaßt, die jetzt vom Stadtrat gebilligt wurden. U. a. soll eine Anzahl von Bauplänen in verschiedenen Stadtteilen zum Bau von Kleinwohnungen und Kleinhäusern zu mäßigem Preis veräußert und die Kaufschillinge unter Rücktritt hinter die erste Hypothek gestundet werden. Ferner soll für Neubauten von Kleinwohnungen die Bürgerschaft für die zweite Hypothek innerhalb der Grenze von 75 Prozent des Schätzwertes übernommen werden. Die Verwaltung dieser Geschäfte und die Beforgung der aus ihnen erwachsenden Maßnahmen sollen einer besonderen Kommission zur selbständigen Wahrnehmung übertragen werden. Der Abschluß einer Vereinbarung mit der Rheinischen Hypothekbank Mannheim, wonach diese sich zur Vergabe städtischer garantierten zweiter Hypotheken zu den für erste Hypotheken üblichen Bedingungen bis zum Gesamtbetrag von 1 Million Mark verpflichtet, wird gebilligt. Ein gleiches Abkommen soll mit der städtischen Sparkasse getroffen werden. Ferner soll eine Anzahl von Bauplänen an eine von Mannheimer Bauhandwerkern und Bauleistern zu gründende Baugesellschaft zur Erstellung von Kleinwohnungen verkauft werden.

Genossenschaftsbewegung.

Die Verbandstage der ländlichen Genossenschaften Badens. Die Tagungen der verschiedenen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände Badens findet in diesem Jahr in der Mitte des Monats Mai in Karlsruhe statt. Am Donnerstag, 14. Mai, vormittags, eröffnet der Verband der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften die Reihe der Tagungen, welcher sich nachmittags der Badische Vorkereverband anschließt. Am Freitag, 15. Mai, tagt die Ländliche Fürsorgekasse des Genossenschaftsverbandes badischer landwirtschaftlicher Vereinigungen Karlsruhe und anschließend die Generalversammlung der Zentralkasse der badischen landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften. Hierauf folgt der 31. Verbandstag des Genossenschaftsverbandes der badischen landwirtschaftlichen Vereinigungen. Neben den üblichen geschäftlichen Erledigungen wird sich die Tagung der Vereinigungen mit verschiedenen Anträgen des Gesamtvorstandes über Änderungen der Verbandsstatuten zu befassen haben. Ferner enthält die Tagesordnung einen Vortrag über die Elektrizitätsversorgung in den Landgemeinden.

Aus dem Lande.

Brandfall. Die Bezirksfeier findet bei jeder Witterung statt. Sollte das Wetter ungünstig sein, so ist Fahrgelegenheit mit der Staatsbahn um 1 Uhr 15 Min. und um 3 Uhr 10 Min. Mit der Nebenbahn 12 Uhr 15 Min. Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt auch zahlreich an der Bezirksfeier in Wlshadt.

Rastatt. Eine Mai-Feier findet am heutigen Samstag, 2. Mai, abends von 8 Uhr ab im „Kronensaal“ statt. Die Festrede hält Frau R. Fischer-Karlsruhe. Auch das übrige Programm ist ein sehr gediegenes und reichhaltiges. An alle Gewerkschaftscollegen und Genossen von hier, wird das Ergehen gerichtet für einen guten Besuch Sorge zu tragen um diese Feier zu einer recht würdigen zu gestalten. **Güterwageneinsatz.** Gestern früh 47 Uhr brach in einem Güterwagen auf der Strecke oberhalb Rastatt durch Explosion eines Benzinfasses Feuer aus, wodurch 2 Wagen vollständig ausbrannten. Durch das Feuer wurden die Schienen glühend und verbogen sich, so daß die Weiterleitung der Station Rastatt unterbrochen, indem die Leitungsdrähte durchgeschmolzen sind. Der Materialschaden ist bedeutend. Verletzt wurde niemand.

Offenburg. Die Messefeier nahm einen würdigen Verlauf. Die Festrede des Gen. Stöckinger, Forzheim, war ein kerniger Appell an die Anwesenden für die gerechte Sache des Sozialismus einzutreten, dessen Wirken und Tätigkeit in den letzten 20 Jahren er in klaren Strichen zeichnete. Der Gesangverein veränderte die Feier durch seine herrlichen Chöre. Allen Mitwirkenden sei gedankt. **Mausflug.** Wir machen nochmals auf den Ausflug am Sonntag nachmittags nach Schutterwald aufmerksam. Derselbe findet bei günstiger Witterung unbedingt statt. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Oberkirch, 1. Mai. In dem zur Stadt Oberkirch gehörenden Zinken Wolschlag schritt sich in einem krankhaften Anfall am Mittwoch nachmittags der ledige 40 Jahre alte Landwirt Jozial Waidel hier die Kehle durch, was den sofortigen Tod herbeiführte.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 2. Mai. Unsere Maifeier. Der gestrige erste Maitag war leider vom Wetter nicht so begünstigt, wie es für einen Festtag der Arbeit zu wünschen gewesen wäre. Es regnete „nur ein Mal“, d. h. von morgens bis abends. Der Festbestimmung selbst tat dieses Aprilwetter, das aus Versehen in den Mai geraten, keinen Abbruch. Der auf 9 Uhr angelegte Spaziergang nach Müppurr litt unter der schlechten Witterung. In der Frühe als die Wetterausichten noch gute waren, machten eine Anzahl Genossen einen Spaziergang nach Müppurr. Die eigentlichen Festveranstaltungen fanden am Abend statt und war in diesem Jahre in zwei Sälen. Bei dem letzten Wetter konnte man eigentlich es begrüßen, daß

die Festhalle dieses Jahr für den 1. Mai nicht mehr zu bekommen war, denn es wäre für die in den entfernter gelegenen Stadtteilen wohnenden Genossen nicht angenehm gewesen, den weiten Weg in die Festhalle bei diesem Wetter zurückzulegen. So, mit dem „Kühlen Krug“ und dem „Apollitheater“ als Festlokale, hatten alle Genossen einen verhältnismäßig kurzen Weg zurückzulegen. Im

Apollitheater

kamen die Genossen und Genossinnen der Süd-, Mittel-, Alt- und Oststadt zusammen und zwar so zahlreich, daß der Saal überfüllt war und viel keinen Platz mehr bekamen und mit einem Stehplatz vorlieb nehmen mußten. Die Feier nahm einen vorzüglichen Verlauf. Die Gesangsvorträge der Arbeitergesangsvereine „Lassallia“ und „Vorwärts“, sowie des Arbeiter-Frauenchors lösten immer stürmischen Beifall aus. Die freien Turnerinnen führten Keulenübungen vor, die Turner Übungen am Barren, außerdem stellten sie gutgelungene Marmorgruppen, beide Abteilungen zeigten mit ihren Leistungen wie ernst es die „Freie Turnerschaft“ mit ihrer sportlichen Arbeit nimmt, da wird wirklich das Turnen nur um seiner willen getrieben. Die Festrede hielt Gen. Dr. Kullmann. Zwei Forderungen, die die Arbeiterpartei hauptsächlich heute erhebt, stellte der Redner in den Mittelpunkt seiner Ausführungen, die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit und Forderung des allgemeinen Völkerfriedens. In treffender Weise schilderte Redner die Mängel unserer heutigen Sozialpolitik. Die Verkürzung der Arbeitszeit fordert der Arbeiter nicht allein aus gesundheitlichen Gründen, sondern auch, um ebenfalls an dem kulturellen Aufstieg teilnehmen zu können. Trotz der großen Kämpfe der letzten 25 Jahren stehen noch gewaltige Kämpfe bevor bis die Arbeiterpartei ihr Ziel erreicht hat. Ueberall gehen die Herrschenden in rücksichtsloser, brutaler Weise gegen die Arbeiter vor. Die Klassenjustiz des Vormärz war ein Kinderpiel gegen die Klassenjustiz der heutigen Tage. Die Gewerkschaften suchen man in ihrer Entwicklung neue Fesseln anzulegen, sie sollen dem Reichsvereinsgesetz unterstellt werden, ihre Versammlungen werden unter den lächerlichsten Vorwänden für polizeilich erklärt.

Der allgemeine Völkerfrieden kann nur kommen, wenn unsere sozialistische Staatsideale erfüllt sind. Alle Kriege dienen nur dem Interesse einer kleinen Schicht Kapitalisten. Wir wissen, daß bei diesen fortgesetzten Kriegen ein allgemeiner Weltbrand unvermeidlich ist. Wir müssen gegen den Militarismus Front machen als einer barbarischen Einrichtung. Wie den Kampf für sozialen Fortschritt, so gilt es auch den Kampf gegen den Militarismus mit seiner Unkultur aufzunehmen. In diesem Kampfe darf auch die Jugend und die Frau nicht fehlen. — Stürmischer Beifall wurde dem Redner gespendet.

Im

Kühlen Krug

hatten sich die Genossen und Genossinnen der Weststadt und von Mühlburg versammelt, auch hier war der Besuch sehr gut. Den gesanglichen Teil bestritten hier die beiden Arbeitergesangsvereine „Bruderbund“ und „Eintracht“ und der gemischte Chor des „Bruderbund“. Ihre Vorträge unter der bekannt sicheren und schwingvollen Leitung von Herrn Kapellmeister Hippinski veranschaulichten in trefflicher Weise das Fest. Herzliche Anerkennung wurde den freien Turnerinnen mit ihren Keulenübungen gezollt. Vorzüglich leisteten die freien Turner mit Keulenübungen am Reck, ebenso beifällig wurden die gefesteten Pyramiden aufgenommen, es wurden prächtige Bilder gestellt. Man muß sagen, unsere Gesang- und Sportvereine wetteiferten gestern um zu dem Maifeste ihr Bestes zu geben. Man muß ihnen für ihre Leistungen vollste Anerkennung zollen. Die Festrede hielt Gen. K. o. l. b. In Hand der im Jahre 1889 beschlossenen und auf den späteren Kongressen erweiterten Resolution zur Maifeier schilderte Gen. Kolb in wieweit die dort aufgestellten Forderungen in Erfüllung gegangen sind und für welche Forderungen das Proletariat noch zu kämpfen hat. Der größte Teil der Forderungen harrt noch der Erfüllung. In Deutschland ist das eine oder andere verwirklicht. Aber daß wir deshalb in einem „Lande der Sozialreform leben“, davon kann noch lange keine Rede sein. Wenn vom Segen der Sozialreform gesprochen wird, so geschieht das von Leuten, die diesen Segen noch nie am eigenen Leibe verspürt haben. Bezüglich der Arbeitszeit ist weder der 8stündige noch der gefällige 10stündige Arbeitstag durchgeführt. Und was erreicht worden ist, ist nicht durch das Gesetz erreicht worden, sondern das haben sich die Arbeiter selbst errungen. Die Arbeiterpartei ist heute ein Faktor geworden, mit dem die Herrschenden rechnen müssen, selbst der reaktionärste Staat kann nicht achtlos an diesem Faktor vorbeigehen. Dieser Faktor muß auch in Rechnung gestellt werden bei den Entscheidungen über Krieg und Frieden. Auch die Idee, die auf dem Brüsseler Kongress den Maifeierforderungen angefügt worden ist, die Idee des Weltfriedens marschiert. Das Proletariat ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß ein Krieg heute sinnlos ist, er hätte für Sieger wie den Besiegten die unabsehbaren Folgen schimmister Art. Ein Krieg kann keinem Staat nützen. Wir arbeiten darauf hin, daß ein Krieg unmöglich, deshalb setzen wir auch den fortgesetzten Kämpfen den hartnäckigsten Widerstand entgegen. Unsere Aufgabe ist es deshalb, unserer Sache immer mehr Anhänger zuzuführen, je mächtiger die Sozialdemokratie, desto sicherer ist die Gewähr für den Frieden und auch für die Wahrung der politischen Rechte des Volkes. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie schloß der Redner seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen. — Eine Lanauunterhaltung beschloß in beiden Lokalen die feierlichen Veranstaltungen.

Über die Feier in Rintheim wird uns berichtet: Zu einer würdigen Feier versammelte sich die hiesige Arbeiterpartei im neubauten Schwannensaal. Die Feier wurde nach kurzen begrüßenden Worten des Vorstehenden durch einen stimmungsvollen Chor des Gesangsvereins „Lura“ eröffnet, worauf Gen. G. u. r. j. i. g. in vorzüglicher Rede die Bedeutung des 1. Mai darlegte. Den Schluß der Feier bildete ein Lieberwortrag des Gesangsvereins „Sänaerbund“.

Parteiversammlung.

Die Parteiverammlung am Mittwoch, 6. Mai, die in der Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13, abgehalten wird, befaßt sich u. a. auch mit den Stadtverordnetenwahlen. Da diese Wahlen schon Ende Mai stattfinden, mußte die Generalversammlung auf einen späteren Termin verlegt werden. Der Geschäftsbericht des Vorstandes für das Jahr 1913/14 wird am kommenden Mittwoch an die Parteimitglieder verteilt, außerdem kann derselbe auch bei den Bezirksführern, im Parteisekretariat, Baumeisterstraße 50 und in der „Volksfreund“-Expedition abgeholt werden.

Jugendausschuß.

Am morgigen Sonntag findet ein Tagesausflug nach Bruchsal statt. Treffpunkt um halb 7 Uhr am Durlacher Tor, gemeinsamer Abmarsch um 7 Uhr von der Endstation der Elektrischen in Durlach. Fahrpreis insgesamt 50 Pfennig. Mundvorrat ist mitzubringen.

Bezirk Mittel- und Oststadt. Den Parteigenossen und Genossinnen des Bezirks diene zur Kenntnis, daß am nächsten Montag, 4. Mai, abends halb 9 Uhr, in der „Schwedischen Krone“, Jähringerstraße, eine Versammlung mit Vortrag des Genossen Eugen Gedl stattfindet. Die Vertrauensleute des Bezirks, Parteigenossen und Volksfreundleser, sind hierzu mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen eingeladen. Die Bezirksleitung.

Darlandens. Wir verweisen nochmals auf die heute abend stattfindende Frühlingsfeier im „Karlsruher Hof“. Die Darbietungen des Arbeitergesangsvereins „Edelweiß“, Darlandens und die Festrede unseres Landtagsabgeordneten Stadtrat Kolb versprechen einen schönen Verlauf der Feier. Die Arbeiterpartei Darlandens möge sich daher recht zahlreich an der Feier beteiligen.

Ein ehrenvoller Auftrag. Stadtgartendirektor Riese von hier wurde von der russischen Regierung als Preisrichter für die am 2. Mai in Petersburg stattfindende Ausstellung der kaiserlich russischen Gartenbaugesellschaft berufen.

Die Gedächtnisfeier am Scheffelsdenkmal (auf dem Kunsthilfplatz an der Bismarckstraße) findet morgen, Sonntag, vormittags 11 1/2 Uhr statt, und zwar auch bei weniger gutem Wetter. Der Festakt besteht in Gesangsvorträgen des Männergesangsvereins „Concordia“ unter Leitung seines Chormeisters Hr. Lechner (Lieder aus Scheffels „Aventüre“ und „Trompeter von Säckingen“, Kranzniederlegung und der Gedächtnisrede des Herrn Chefredakteur Albert Herzog. Es ist eine zahlreiche Beteiligung aus der Bürgerpartei zu erwarten. U. a. ist auch aus den Kreisen der Studentenpartei eine größere Teilnahme an der Feier zu erwarten.

Gr. Hoftheater. Zur Einleitung der Richard Wagner-Woche wird heute Samstag den 2. Mai der zweite „Ring“-Zyklus mit dem „Aeneisopfer“ eröffnet. Am Donnerstag den 7. Mai gibt der Kgl. Schwedische Kammergesang Chor ein einmaliges Gastspiel als „Fliegender Holländer“.

Veranstaltungen.

Arbeiterbildungsverein. Montag, 4. Mai, abends 8 1/2 Uhr, hält im Hause des Vereines Wilhelmstraße 14 Herr Lithograph H. Glöckner einen Vortrag (mit Lichtbildern): „Aus dem Duell- und Fluchgebiet der Mury“. Der Besuch ist unentgeltlich. Gäste sind willkommen.

Festkonzert im Stadtpark. Nächsten Sonntag vormittags von 10-11 Uhr findet im Stadtpark wieder ein Festkonzert statt, das von der Schillerkapelle ausgeführt wird. Es kommen folgende Stücke zum Vortrag: „Mäher mein Gott zu Dir“, amerikanischer Chor, „Hoch u. Deutschmeister-Marsch“ von Erll, „Melodien aus „Carmen“ von Bizet, „Das treue deutsche Herz“, Lied von Otto, „Schmied im Walde“, „Abend von Michaelis“, „Bien mein Sinn“, Marsch von Strauss. Bei schlechter Witterung fällt das Konzert aus.

Kühler Krug. Ein Konjunkt konzert veranstaltet die Grenadierkapelle unter Mitwirkung des Humoristen Bus, bayerischer Karikaturlustbühnen, am kommenden Sonntag den 3. Mai, nachmittags 4 Uhr, im „Kühlen Krug“. Musikmeister Bernhagen stellte hierzu ein hervorragendes Programm, welches ganz der schönen Jahreszeit angepaßt ist, zusammen; auch der berühmte Humorist Bus, der in allen großen Städten Deutschlands mit bestem Erfolg aufgetreten ist, wird seine Anziehungskraft nicht verfehlen. Das Konzert findet im großen Saale statt. Es wird gut sein, sich rechtzeitig ein Plätzchen zu sichern.

Stadtparkkonzert. Morgen Sonntag den 3. Mai konjunktiert von 10-11 Uhr nachmittags ab die Feuerweh- und Bürgerkapelle im Stadtpark, Direktion: Kgl. Obermusikmeister a. D. H. Riese. Das Programm enthält vollständige Musikstücke. Der Besuch dieses Konzerts ist nur zu empfehlen.

Fußballturnier. Im Vorentscheidungsstadium der Privatpolizei der A-Klasse treffen sich morgen mittags 3 Uhr auf dem Platz des Vereines für Bewegungsspiele dessen 1. Mannschaft und die 1. Mannschaft des F. v. E. Franconia. Die Bewegungsspieler, denen es gelang, die bisher stehengebliebenen drei Wettspiele zu gewinnen, werden alles daran setzen, auch dieses Treffen für sich zu entscheiden.

Reinholdtheater, Waldstraße 80 und Schillerstraße 22 (früher Metropoli). „Das Feuer“, ein großes mimisches Drama und „Das Tal des Traumes“, ein dreifaches Charaktergemälde, sind die Hauptstücke, die in den Festabendtheater-Akten von heute ab neben anderen Neuheiten gezeigt werden. Die Direktion teilt mit, daß es ihr gelungen ist, einen einzigartigen, wissenschaftlichen Film zu erwerben, der vom 9. Mai ab zur Vorführung kommt. Dieser Film enthält Aufnahmen vom Innern des Reichstages bei Neapel, die unter Aufsicht von außerordentlichem Wagemut zustande gekommen sind.

Letzte Nachrichten.

Die Forzheimer Landgerichtsfrage. Forzheim, 1. Mai. In namentlicher Abstimmung genehmigte gestern abend der Bürgerausschuß mit 93 gegen 18 Stimmen die am 1. April abgelehnte Abtretung von 6000 Quadratmeter kostenlos zum Bau eines Landgerichts hier, zu dem die Stadt im ganzen ein Terrain von 7800 Quadratmeter stellt und darauf das Gebäude errichtet. Der Staat mietet das Gelände auf vorläufig 25 Jahre und zahlt dafür 4 1/2 Prozent jährlich auf die für 1800 Quadratmeter und den Neubau selbst aufgewendeten Kosten. Am 1. April war die gleiche Vorlage mit 61 gegen 46 Stimmen abgelehnt worden.

Maifeier in Rußland. Warschau, 1. Mai. Anlässlich der heutigen Maifeier streikten in 80 Fabriken 11 000 Arbeiter. Riga, 1. Mai. Aus Anlaß des 1. Mai streifen etwa 40 000 Arbeiter und 850 Sofenarbeiter.

Reiter... des Mini... traten... mokratis... besser eig... Umsturz... das erste... der Angek... festesparag...
Madri... Bäder her... den Hüf... maniert...
Die u... Dubay... samengef... Gesanterf... dem Spezi... sen entfal... Marine 10...
Die... Washin... ifen, weld... Regierung... stillstand... Washin... mitgeteilt... stillstand... daß keine...
dem S...
für di... den er... Neben... Verei...
F... uns so... spenden...
Fami... nach der... Mächte... den 9. ds...
A... Fahr... Ha... Genera... Westf... Mariens... Teleph... Laufdec... Ko... Besonde...
= Wi...
Gegen... stelle für... Der... Figarrenh...
Karli...
Arbeit...

Soz. Verein Karlsruhe.

Mittwoch den 6. Mai, abends halb 9 Uhr, findet in der „Gewerkschaftszentrale“, Kaiserstraße 13

Parteiversammlung

Tagessordnung:
1. Bericht der Stadtverordnetenfraktion.
2. Aufstellung von Kandidaten zu den Erneuerungswahlen zum Bürgerausschuß.
Wir erlauben um zahlreichen Besuch.
Der Vorstand.

Weltkinematograph
Kaiserstrasse, Ecke Kreuzstrasse.
Ab Samstag, den 2. Mai bis inkl. Dienstag, den 5. Mai:

Angeline

Geschichte einer Frau. Drama in 3 Akten sowie das sonst auserlesene Programm.

Wirtschaftsübernahme.

Einem geehrten Publikum von nah und fern sowie Freunden und Bekannten diene zur gefl. Nachricht, daß ich mit heutigem Tage die

Wirtschaft Zur Wolfschlucht

10 Schützenstraße 10
übernommen habe. Durch Ankauf vorzüglicher Biere der Brauerei Heinrich Fels, sowie reiner Weine, Verabreichung kalter und warmer Speisen in bester Zubereitung und zu mäßigen Preisen, sowie aufmerksame schnelle Bedienung werde ich mir das Vertrauen meiner wertigen Gäste zu erwerben wissen.
Schöne Kegelbahn.
Hochachtungsvoll
Georg Fischer, Wirt
langjähriger Kellermeister der Brauerei Sinner.

Tüchtige Preßluftmieter
für dauernde Arbeit sofort gesucht.
Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe.

Rüchennädchen,
zum sofortigen Eintritt sucht
Städt. Krankenhaus.
ein Beförderer, wird
billig abgegeben.
Rellensstr. 11, Stb. 2. St.

Residenz-Theater

30 Waldstrasse 30 nächst der Kaiserstrasse | 22 S. Hillerstrasse 22 früher „Metropol“

Programm
Samstag, den 2. bis inkl. Dienstag, den 5. Mai:

Première!
Asta Nielsen
Die berühmte Filmtragediennist ist die Trägerin der Hauptrolle im neuesten Filmdrama

Das Feuer

Mimisches Drama in 3 Akten von U. Gad.
Dieser sensationelle Film, der letzte in dieser Saison, wird das Tagesgespräch v. Karlsruhe bilden!
Ferner als Einlagen:
Märchen vom Glück
Ehre des Indianers
Neue Wochenschau
Der billige Anzug

Première!
Das Tal des Traumes.
Ein Charaktergemälde in 3 Akten und einem Vorspiel nach dem gleichnamigen Roman von El. Correl.
In der Hauptrolle:
Henny Porten
die unerreichbare Filmdiva.

Das Burgverlies, Drama.
Die moderne Ehe, Komödie.
Naturaufnahme aus der Gascogne.
Dupin und Pfiff fahren Motorrad.
Hörsaal angedeutete Szenen von überwältigender Komik.

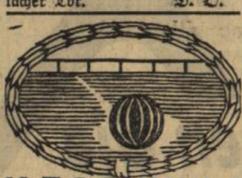


Männer-Gesangsverein Karlsruhe (e. V.)

Wir beehren uns hiermit, unsere verehrten aktiven Mitglieder zu der heute Samstag, den 2. Mai abends 9 Uhr, im Vereinslokal Gasthaus „Zur Goldenen Krone“ stattfindenden

Sängerversammlung

ergeben sich einzuhalten und bitten um zahlreiche Beteiligung.
Der Vorstand.
NB. Morgen Sonntag, den 3. Mai
Sanz-Ausflug
nach Hagsfeld zu Mitglied Eburn. Gasthaus zum Hirschen. Treffpunkt mittags 2 Uhr am Durlacher Tor.



K.F.C. PHÖNIX

PHÖNIX — ALEMANNIA
Sportplatz links der Rheintalbahn entlang. Telefon 1338.
Jeden Dienstag und Donnerstag Leichtathletik-Training.
Jeden Mittwoch und Freitag Fußballübung.
Sonntag, 3. Mai 1914
auf unserem Platze:
1 1/2 Uhr: V. Mannschaft gegen Frankonia III.
3 Uhr: II. Mannschaft gegen Union Florzheim I.
4 1/2 Uhr: A.-H. gegen Victoria Heidelberg A.-H.
Eintritt 20 Pfg.
I. Mannschaft in Nürnberg.
III. " in Neureuth.
VI. " in Bruchsal.
Freitag, 1. Mai 1914
Monatsversammlung im „Löwenrachen“.



Fussball-Club Mühlburg

Verein für Rasenspiele
e. V. — Gegr. 1905.
Mitgl. d. Verb. südd. Fussball-V.
Sonntag, 3. Mai 1914
Familienausflug mit Programm und Tanz nach Durlach (Blume).

Familienausflug mit Tanz
nach Neureuth (Waldhorn).
Zusammenkunft 2 Uhr Sportplatz.
Wegen Verletzung
eine Wohnung von 2 Zimmern, Küche, Keller auf sofort oder 15. Mai zu vermieten.
Luisenstr. 48, Hinterh. 2. St.

Dreirad

alles gebraucht, auch ohne Kasten, zu laufen geübt. 70 Pf. vorlag. 100 Größtingen.
Engelaufen grau u. schwarz gelb. Tigerfarbe. Abzuholen Rantstr. 3, im 2. Stod, links.

Sommerstoffe

Wir bringen ganz hervorragend schöne Sortimente in allen leichten modernen Geweben zu

ausserordentlich billigen Preisen

zum Verkauf.
Frotté, Crêpe, Crêpon, Crêpeline, Japoncrêpe, Voile, Batiste, Loch-Stickerei, abgepasste Roben etc. etc.

Wollmousseline in enorm grosser Auswahl

Carl Büchle

Inh.: Kohlmann & Braunagel
Herrenstrasse 7 zwischen Kaiserstrasse und Schlossplatz.

Zeichnungen auf neue 4%ige Badische Staatsanleihen von 1914

von 200 an, à 96,80 für Schuldb. Stücke unter Sperrung, 97 für alle andern Stücke, bis längstens Mittwoch, den 6. Mai d. J., sowie alle bankgeschäftlichen Aufträge nimmt entgegen.

Carl Götz

Bankgeschäft
Karlsruhe, Hebelstraße 11.
Wechselstube fremder Geldsorten. Einlösungstelle für Kupons und Zettel. Auszahlungen und Passagerevermittlung nach Amerika und andern Ländern.
Guterhaltene, gebrauchte Möbel billig zu verkaufen.
Ca. 20 Betten, darunter Paare von 25.— an bis 70.— in allen Preislagen nach Wahl. 6 eintürige, 8 zweifür. Schränke, Schifffoniere, Vertikal, Waschkommoden, Nachtschische, Zimmer- und Küchenschische, Stühle von 1.— an, Divans, Küchenschränke, Schäfte, 1 Singer-Nähmaschine, 1 Damen-Fahrrad, 1 Nähmaschine „Johns Roll-dantyl“, 1 Esstisch, Spiegel, Bilder, sowie verschiedene Möbel aller Art werden wegen Lagerüberfüllung zu besonders billigen Preisen verkauft.
Außerdem offeriere solange Vorrat reicht:
Neue Bettstellen mit Potentrost und Schonerbede per Stück zusammen 45.—
Seltener günstiges Angebot.
D. Gutmann Rudolfstr. 12
Sehr billig abzugeben:
Mehrere Grammophon-Platten, fast neues, modernes Jaden-Kostüm, wie neu, 15 Mk., Damenmantel 5 Mk., gelber Reiterstrolch 2 Mk., Kinderberberitzen, gutes, 1.50 Mk., schöner, bester Anatenanzug für 11-13jährige, neue Korsetten in reicher Auswahl, gute Qualitäten, bis Breite 90 cm, von 2 Mk. an, angetriebene Korsetten weit unter Preis. Auch Sonntags anzusehen. 700 Adlerstr. 17, 1 Treppe hoch.
Gärberstraße 57, 3. Stod. Mühlburg ist schön möbl. Zimmer mit oder ohne Balkon in schöner freier Lage sofort oder später zu vermieten.
Klappwagen und 1 Karrenwagen billig zu best. Offenerstr. 158 V.

Stadtgarten bezw. kl. Festhalle

Morgen Sonntag, den 3. Mai, 1/4 4 Uhr nachmittags
Konzert
gegeben von der
Feuerwehr- und Bürger-Kapelle.
Direktion: Königl. Obermusikmeister a. D. H. Lise.
Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten und von Kartenheften 20 Pfg.
Sonstige Personen 60 Pfg.
Militär und Kinder je die Hälfte.
Program 10 Pfennig.
Die Musikabonnementskarten haben Gültigkeit.
Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.
Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

Brauerei M. Wolf Werderplatz

Neu renovierte gemütliche Bierlokale.
Samstag u. Sonntag Ausschank eines vorzügl. Stoffes
Mai-Bock
nach Märzen-Art.
Samstag abend 8-1 Uhr
Streich-Konzert.

Carl König

Dentist
KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124 b.
Telephon 2451.
Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen.

Cognac

Deutscher Cognac aus französischen Weinen
LANDAUER & MACHOLL
HEILBRONN
Nur echt mit der Hammer-Schutzmarke. Überall erhältlich.
Offenburg.

Brauerei Kopf

Nachfolger: Georg Sammeth
empfehlen
vorzügliche Lager- und Export-Biere
in Fass und Flaschen.

An Pro...
der große...
bürgerliche...
phantastische...
Belann...
sich, daß sie...
„neutral“...
Arbeiter...
ihnen polit...
die Wider...
Wie ju...
feindliche...
auch der...
Zum...
Bander...
der „U...
ereine...
Dr. Reue...
in der...
des Vor...
Juden ni...
gruppen...
Juden im...
Dieses...
halb sei...
des Bunde...
„Der...
ungen in...
Bunde...
beachtet...
dulben...
schlechte...
fälschlich...
um zu...
die...
einzelne...
also ent...
voll zu...
schluß...
himmlich...
tiefen...
deutliche...
„Aljo...
schließen...
daran, die...
nämlich...
gan...
Sie ent...
Wechs...
„unter...
gen „bon...
jeder...
halten, de...
„lehnt...
den ab“...
Diese...
schen...
berne...
„politische...
eine“...
Wenn...
gar nicht...
tritt in...
den. Sch...
eigentlich...
tun hat...
Partei...
fragen...
selbst...
herrschend...
Ohm...
Burch...
Propagan...
und Spor...
lin, es...
Wenn...
zu we...
tragen, d...
der Arbeit...
ohne...
Böhlater...
Erstens...
sonst in...
den die...
be...
sch...
reichen...
des Volk...
geringst...